

ÖKOSTEUERNEWS 31 – DEZEMBER 2004

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Landsbergerstr. 191 80687 München <http://www.foes.de> und <http://www.eco-tax.info>

Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen

(Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000).

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	4
3.	ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL	12
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER	16
5.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	20
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND	23
7.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL.....	30
8.	DISKUSSIONSFORUM	33
9.	JOBS.....	38
10.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	39
11.	VERANSTALTUNGEN.....	40
12.	FÖS: IN EIGENER SACHE	43

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Ein Schritt vor, einer zur Seite

Liebe Freundinnen und Freunde der ökologischen Steuerreform,
nach längerer Pause berichteten die Medien im

November wieder verstärkt über die ökologische Steuerreform. Das Erfreuliche dabei: Es war weder eine Benzinwut-Kampagne der Bild-Zeitung noch ein rot-grüner Koalitionskrach, der zu den Berichten führte. Diesmal schafften es die Öko-

steuerbefürworter aus Unternehmen, vom Umweltbundesamt, vom Umweltverband BUND und - nicht zuletzt - vom FÖS in die Schlagzeilen. Wie kam es dazu?

Nach langem Warten und zahlreichen internen Gesprächen in den vergangenen zehn Monaten war für die Freunde der Ökosteuer klar: Der Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung, im Laufe des Jahres 2004 über die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform zu entscheiden, würde im Sand verlaufen, wenn er nicht öffentlich eingefordert wird. Der FÖS hatte bereits im Frühjahr 2004 eine Erklärung von Wissenschaftlern vorbereitet, die sich für die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform aussprechen. Lange wurde die Erklärung zurückgehalten - denn solange in der öffentlichen Debatte Funkstille herrscht, ist der Nachrichtenwert einer solchen Erklärung gleich Null. Aber das Jahr 2004 neigt sich dem Ende entgegen. Wenn der Überprüfungsauftrag der Koalitionsvereinbarung konkrete Beschlüsse bringen soll, muss also ganz schnell etwas passieren.

Deshalb hat der FÖS am 16. November die Erklärung der Wissenschaftler für die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform auf einer Pressekonferenz in Berlin veröffentlicht. 130 Professorinnen und Professoren, die meisten aus dem Wirtschaftsbereich, haben die Erklärung unterstützt - eine respektable Zahl und deutlich mehr als wir erhofft hatten. Am gleichen Tag präsentierten bei einer Veranstaltung des Umweltbundesamtes Vertreter von Unternehmen ihre Erfahrungen mit der ökologischen Steuerreform. Die Unternehmer bestätigten aus der konkreten Praxis, was Wissenschaftler in zahlreichen Studien belegt haben: Die meisten Unternehmen profitieren von der Senkung des Rentenversicherungsbeitrags durch die ökologische Steuerreform und zusätzliche Energiesparmaßnahmen machen sich jetzt noch schneller bezahlt.

Die Presseberichte über die Wissenschaftlererklärung und die Veranstaltung des Umweltbundesamtes können sich sehen lassen: Von der Financial Times Deutschland bis zur Frankfurter Rundschau erschienen in zahlreichen Zeitungen Berichte. Nicht zuletzt griffen zahlreiche Nachrichtendienste wie AP, ddp, dpa und VWD die Meldungen auf und sorgten damit auch für eine flächendeckende Berichterstattung in Deutschland.

Selbst der BILD-Internet-Newsticker übernahm die positiven Meldungen in neutraler Weise.

Wie groß das Medieninteresse an der ökologischen Finanzreform ist, zeigt auch eine Auswertung von vier Pressekonferenzen des Umweltverbandes BUND zu verschiedenen Themen in den letzten vier Wochen: zur umweltpolitischen Halbjahresbilanz der laufenden Wahlperiode, zur ökologischen Finanzreform, zu Arbeitsplätzen durch Umweltpolitik und zum Waldzustandsbericht. Aus der Fülle der Forderungen des BUND griffen die Journalisten in ihren Meldungen fast ausschließlich eine heraus: Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform.

Das sind ermutigende Zeichen: Die Ökosteuerbefürworter schaffen es wieder, ihr Anliegen auf die Agenda zu setzen. Die Journalisten berichten sachlich und ohne Zapfsäulen-Polemik darüber.

Doch leider lässt sich die Koalition bis jetzt davon nicht beeindruckt. Der bereits im August von den Grünen angekündigte Plan zur Weiterentwicklung der ökologischen Finanzreform hatte bis Redaktionsschluss noch immer nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Und die SPD macht um das heiße Eisen Ökosteuer einen weiten Bogen. Die Koalitionsfraktionen haben zwar eine interne Arbeitsgruppe zur ökologischen Finanzreform eingerichtet, konkrete Beschlüsse aber erst für das Jahr 2005 angekündigt.

Wer darauf vertrauen will, dass die Koalition im nächsten Jahr mit mehr Elan an die dringend notwendige Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform gehen wird, braucht allerdings eine große Portion Optimismus. Irgendein Wahltermin lauert immer in den folgenden Monaten, um die Zauderer und Verhinderer auf den Plan zu rufen. Zur Zeit steht mit Verweis auf die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (Februar 2005) und Nordrhein-Westfalen (Mai 2005) alles still. Nächstes Jahr werden dann die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (Frühjahr 2006) und die Bundestagswahlen (Herbst 2006) als Ausrede herhalten müssen.

Nach den Benzinwut-Kampagnen der CDU/CSU, FDP und der Bild-Zeitung mag das Zögern der rot-grünen Koalition nachvollziehbar sein. Aber der eigentliche Grund für dieses Zögern liegt darin, dass die Mehrheit der Koalition selbst von dem einstigen Vorzeigeprojekt nicht (mehr) über-

zeugt ist.

Wenn die ökologische Finanzreform ein Stück voran kommen soll, hilft deshalb neben allem notwendigen politischen Taktieren nur eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Ziele der Reform. Und diese Ziele sind wesentlich umfassender als mit der simplen Formel „der Benzinpreis steigt“ beschrieben wird.

Der FÖS hat bereits im Frühjahr in dem FÖS-Memorandum 2004 sehr konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform gemacht: Die Steuervergünstigungen für den Flugverkehr abbauen, die Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe überarbeiten, die KFZ-Steuer reformieren und die Dieselsteuer and die Steuer für Normalbenzin angleichen - für jeden dieser Vorschläge gibt es gute Gründe und praktikable Lösungen. Schon vor einem Jahr haben wir diese Vorschläge den Parteien im Bundestag präsentiert. Sie hätten am 1. Januar 2005 im Bundesgesetzblatt stehen können, wenn die Koalition rechtzeitig gehandelt hätte.

Daraus wird wohl nichts mehr. Aber noch ist das Jahr 2004 nicht vorbei und der Überprüfungsauftrag aus dem Koalitionsvertrag nicht abgearbeitet. Zumindest einige Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Reform erwarten wir noch in diesem Jahr. Ob in einem Bundestagsantrag oder in Beschlüssen der Koalitionsfraktionen - wenigstens in den Grundzügen muss die Koalition deutlich machen, wohin die Reise mit der ökologischen Finanzreform gehen soll.

Matthias Seiche, FÖS-Vorstand, Nov 2004

Ökosteuer wie weiter?

[Anselm Görres, Vorsitzender FÖS, Nov 2004] Man muss kein Prophet sein: 2005 gibt es erst einmal keine Fortsetzung der Ökosteuer. Die Argumente für eine ökologische Steuerreform sind trotzdem aktuell. Deswegen gilt es, aus alten Fehlern zu lernen und neue Strategien zur Durchsetzung des alten Zieles zu entwickeln.

Angesichts der aktuellen Probleme in der deutschen Autobranche (Stichwort Opel!) müsste ein Politiker schon sehr wagemutig sein, wenn er sich momentan für den flächendeckenden Ausbau der

Ökosteuer stark machen wollte. Bundesumweltminister Trittin hält sich in Bezug auf die Ökosteuerfortsetzung schon seit Monaten enorm bedeckt. Die meisten führenden Grünen tun es ihm gleich. Bei den „Roten“ gilt die Ökosteuer zurzeit eher als politisches Selbstmordthema. Auch bei den Bürgern insgesamt hat sie an Zustimmung verloren: Von 2002 auf stieg die Ablehnung von 52 auf 58 Prozent. Die Zustimmung sank gleichzeitig von 29 auf 26 Prozent. Fast drei Viertel (73 Prozent) empfinden die ökologische Steuerreform vor allem als sozial ungerecht.

Wir müssen auch anerkennen, dass am 1. Januar 2005 gleich zwei **gewaltige ökologische Großinnovationen** beginnen: Der EU-15-weite Emissionshandel und – so Gott will – endlich auch in die inzwischen von allen sehnlichst erwartete deutsche Lkw-Maut. Beide bedeuten Risiken, es wird nicht alles auf Anhieb funktionieren, beide belasten Wirtschaft und Bürger. Zugleich beginnt in Deutschland noch Hartz IV. Das Argument der Regierung, man dürfe die Bürger nicht überlasten, ist schwer von der Hand zu weisen. Allein die erwarteten Mauterträge von 3 Milliarden Euro pro Jahr liegen nur wenig unter den Einnahmen aus den jährlichen Ökosteuerstufen 1999 bis 2003.

Vor diesem Hintergrund bleibt den Befürwortern der Ökosteuer nur dreierlei zu tun. Erstens, dem politischen Publikum die Erfolge der ersten fünf Ökosteuerstufen 1999 bis 2003 vor Augen führen – schließlich liegen für viele positive Effekte erst kürzlich oder sogar erst demnächst belastbare Auswertungen vor. Zweitens, die fortdauernden Gründe für den Einsatz konsequenter ökologischer Steuerung immer wieder zu betonen. Denn davon, dass Bürger und Politiker Probleme leugnen oder die einzig wirksamen Lösungsinstrumente ablehnen, kommt es leider nicht zu einem Verschwinden der Probleme. Drittens, sich geduldig für den Fall der Fälle vorbereiten. Sowohl aus dem politischen Kalender, aber auch aus aktuellen politischen Debatten können sich immer wieder Handlungsmöglichkeiten ergeben, dem einen oder anderen Element der ökologischen Steuerreform zum Durchbruch zu verhelfen. Kurzfristig dürften sich die größten Chancen bei Flugbenzin bieten, mittelfristig können auch die großen sozial- und fiskalpolitischen Reformdebatten die Tür für Ökosteuer-Fortentwicklungen auf breiterer Front wie-

der öffnen. Zugleich ist es aber unabdingbar, aus den Kommunikationsfehlern der Vergangenheit zu lernen.

Zugleich ist es wichtig, an den Lehren aus den aktuellen Reformprozessen bei der gesetzlichen Renten- und der Krankenversicherungen anzuknüpfen. Gerade hier lässt sich für Politiker und Bürger eindringlich und nachvollziehbar demonstrieren, dass Verleugnen und Verschleppen der Probleme am Ende nur zu Blamagen, Zeitverlusten

und letztlich für alle teureren Lösungen führt. Beim Weiterlesen haben Sie nun die Wahl:

Kurzfassung (*Aus Fehlern lernen*, erschienen in Ökologisches Wirtschaften, Heft 6/2004):

<http://www.foes.de/downloads/ArtikelOeWi.pdf>

Langfassung (mit Schaubildern/ Tabellen, etwa 50% länger):

<http://www.foes.de/downloads/OESRwieweiter-LANG.pdf>

2. ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

Umweltbundesamt und Professoren für weitere Ökosteuerreform

[dpa, 17.11.04] Die Ökologische Steuerreform hat einer Umfrage zufolge mehr als die Hälfte der Bundesbürger zum Energiesparen veranlasst. Das gelte beim Autofahren ebenso wie beim Stromverbrauch und Heizen in Wohnungen, stellte das Berliner Umweltinstitut Ecologic in einer am Dienstag veröffentlichten repräsentativen Umfrage fest. Rund drei Viertel der 1002 Befragten sparten Benzin durch die Änderung ihres Fahrverhaltens. Ein Fünftel lasse das Auto häufig stehen und benutze ein anderes Verkehrsmittel, um Benzin zu sparen. Auftraggeber der Umfrage ist das Umweltbundesamt. Dessen Präsident Andreas Troge betonte, damit sei klar, dass die 1999 eingeführte Ökosteuer in die richtige Richtung wirke. Sie sei zu einer Öko-Finanzreform weiterzuentwickeln; umweltschädliche Subventionen wie die Pendlerpauschale müssten abgebaut werden. Anders als Troge fordern zahlreiche Wissenschaftler weitere Erhöhungen der Ökosteuersätze. Dabei solle das Geld nicht mehr der Rentenversicherung, sondern dem allgemeinen Haushalt zufließen. Die Ökosteuerreform ist ein unverzichtbares Instrument für Umweltschutz, Beschäftigung und Innovation, erklärten mehr als 130 Wissenschaftler in einer Unterschriftenaktion des Fördervereins Ökologische Steuerreform.

http://www.bundesregierung.de/-_413.746534/artikel/Oekosteuer-zeigt-positive-Effe.htm

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/hintergrund/oekosteuer.pdf>

Erklärung von 130 Wissenschaftlern zur Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform

[Pressemitteilung des FÖS, Berlin, 16.11.2004] Mehr als 130 Wissenschaftler sprachen sich am 16. November in einer Erklärung für die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform aus. In der vom Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) präsentierten Erklärung fordern die Professorinnen und Professoren von der Bundesregierung konkrete Schritte zur Fortentwicklung der Reform.

Prof. Claudia Kemfert, Unterzeichnerin der Erklärung und Abteilungsleiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: „Die ökonomische Forschung zeigt, dass die ökologische Steuerreform die Umwelt entlastet und Beschäftigung fördert. Unsere Volkswirtschaft ist zu stark von den Schwankungen der Rohölpreise abhängig. Die Ökosteuer hilft Deutschland, sich von der Sucht nach Rohöl zu befreien. Die zahlreichen Gewinner der ökologischen Steuerreform schweigen vornehm, während die Gegner laut gegen die Reform polemisieren. Mit unseren Forschungsergebnissen wollen wir zur Versachlichung der Debatte beitragen.“

Prof. Martin Jänicke, Unterzeichner der Erklärung und Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen: „Wegen der hohen Rohölpreise ist eine Pause bei der weiteren Anhebung der Kraftstoffsteuern sinnvoll. Aber die Bundesregierung sollte

endlich die Steuervergünstigungen für Diesel, den Flugverkehr und die Industrie abbauen. Von Karstadt bis Opel werden die Arbeitnehmer wegen der hohen Abgaben auf Arbeit unter Druck gesetzt. Die Senkung der Lohnnebenkosten durch eine ökologisch-soziale Finanzreform mit Subventionsabbau ist die bessere Alternative als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.“

SPD und Grüne wollen laut Koalitionsvertrag noch in diesem Jahr über die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform entscheiden.

Der Förderverein Ökologische Steuerreform ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern, Unternehmern und Vertretern von Umweltorganisationen, die sich seit zehn Jahren für eine umfassende ökologische Finanzreform engagieren.

Gemeinsame Erklärung deutscher Wissenschaftler/innen zur Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform ab 2004

[Wissenschaftlererklärung, 16.11.2004] Die Ökologische Steuerreform ist ein unverzichtbares Instrument für Umweltschutz, Beschäftigung und Innovation. Sie soll langfristig fortgeführt und weiter verbessert werden.

Ökosteuern wirken

Die ersten Stufen der Ökologischen Steuerreform wirken sich bereits positiv aus:

Der Kraftstoffverbrauch ist zwischen 1999 und 2004 erstmals leicht gesunken, nachdem er vorher jahrzehntelang angestiegen war.

Ohne Ökosteuern läge der Rentenbeitrag um ca. 1,7 Prozentpunkte über dem heutigen Niveau.

Die Ökologische Steuerreform trägt zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

Ökosteuern sind international auf dem Vormarsch

Deutschland trägt auch in Zukunft eine besondere Verantwortung für den Klima- und Ressourcenschutz. Schon bisher war die Ökologische Steuerreform in Deutschland eingebettet in Ökosteuer-Schritte u.a. in Dänemark, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und Schweden. Weitere Ökosteuer-Schritte in

Deutschland bringen die europäische Energiesteuer-Koordinierung voran, denn das Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen verhindert zur Zeit eine noch stärkere Harmonisierung.

Die Grundprinzipien der Ökologischen Steuerreform

Folgende Grundprinzipien der Ökologischen Steuerreform sollen auch in Zukunft berücksichtigt werden:

Stetige, stufenweise und für mehrere Jahre vorab festgelegte Erhöhung der Energiesteuern;

Breite Bemessungsgrundlage auf alle nicht erneuerbaren Energieträger;

Aufkommensneutralität – das Gesamtniveau der Steuern und Abgaben in Deutschland darf nicht steigen.

Was noch besser werden muss

Die Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe müssen an den europäischen Emissionshandel und die EU-Energiesteuerrichtlinie angepasst werden. Die statistische Zugehörigkeit eines Unternehmens zum produzierenden Gewerbe ist als Kriterium für Ökosteuer-Ermäßigungen nur bedingt sachgerecht.

Das zusätzliche Ökosteuer-Aufkommen aus weiteren Ökosteuer-Stufen nach 2004 soll nicht mehr zur Erhöhung des Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung politisch zweckgebunden werden. Ökosteuern sollen stattdessen so in die Finanzpolitik integriert werden, dass das Steuer- und Abgabenniveau nicht weiter steigt (Aufkommensneutralität).

Die Herausforderung im Jahr 2004

Ökosteuern sind eine verlässliche Säule für ein leistungs- und beschäftigungsförderndes, unbürokratisches und weniger konjunkturanfälliges Steuersystem.

Wir fordern die Politikerinnen und Politiker aller Parteien im Bundestag dazu auf, die Diskussion über die Ökologische Steuerreform sachlich und ohne Zapfsäulen-Polemik zu führen. Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag sind sich einig, dass Preissignale der effizienteste Weg sind, um knappe Ressourcen zu schonen. Die demokratische Auseinandersetzung im Detail darf diesen

Konsens nicht zerstören.

Die Ökologische Steuerreform ist eine unverzichtbare Säule einer nachhaltigen Finanzpolitik. Deutschland braucht weitere Ökosteuer-Stufen für Umweltschutz, Innovationen und wirtschaftliche Dynamik. Dafür setzen wir uns ein.

[Bitte hier klicken für eine Liste der Untersreiber](#)

Koalition nimmt Ökosteuer ins Visier

[Jörg Michel, Berliner Zeitung, 16.11.04] Die Koalitionsparteien wollen die Ökosteuer überprüfen und dabei die milliardenschweren Vergünstigungen für stromintensive Betriebe ins Visier nehmen. "Wir sollten die Ausnahmeregelungen abschmelzen", sagte der stellvertretende Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Reinhard Loske, der Berliner Zeitung. Er sprach sich dafür aus, mit dem Mehraufkommen umweltpolitische Programme zu finanzieren - etwa zur besseren Wärmedämmung oder zur Förderung Strom sparender Technologien.

Ähnlich äußerte sich der stellvertretende Fraktionschef der SPD, Michael Müller. "Wir sollten mit dem Geld umweltfreundliche Innovationen fördern", so Müller. Die Ausnahmen von der Ökosteuer seien von der EU ohnehin nur befristet genehmigt worden und müssten deshalb "bald auf den Prüfstand". Dabei müsse eine faire Balance gefunden werden zwischen der Notwendigkeit zur ökologischen Modernisierung und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die beiden Politiker führen eine Arbeitsgruppe der Koalition an, die im kommenden Jahr Vorschläge zur Fortentwicklung der Ökosteuer machen soll. Im Zentrum der Debatte steht dabei nicht eine mögliche Erhöhung der Steuersätze. Vielmehr dürfte es um die geltenden Steuer-Ermäßigungen für energieintensive Industriezweige gehen. Diese machen laut Bundesfinanzministerium 5,6 Milliarden Euro im Jahr aus. Sie kommen Betrieben zu Gute, die viel Strom verbrauchen, etwa in der Stahl- oder Aluminiumerzeugung.

Während die Koalitionsfraktionen das Projekt zügig in Angriff nehmen wollen, droht in der Bundesregierung Widerstand. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hatte sich bereits

mehrfach gegen das Abschmelzen derartiger Vergünstigungen ausgesprochen. Clement befürchtet, dass die betroffenen Branchen dann ins Ausland abwandern könnten.

Unterstützung erhielten die Fraktionen am Dienstag vom Umweltbundesamt (UBA) und führenden deutschen Wissenschaftlern. Die Ökosteuer ist nach Ansicht von UBA-Chef Andreas Troge "besser als ihr Ruf". Troge verwies auf eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Laut DIW konnten die Lohnnebenkosten durch die 1999 eingeführte und stufenweise angehobene Abgabe auf Benzin, Diesel und Strom jedes Jahr um acht Milliarden Euro gesenkt werden. Ohne die Ökosteuer, die zum Großteil der Rentenkasse zu Gute kommt, läge der Beitragssatz heute bei 21,2 Prozent und nicht bei 19,5 Prozent, so Troge. Die Unternehmen seien laut DIW bis 2002 um rund eine halbe Milliarde Euro entlastet worden. Besonders das verarbeitende Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen hätten von der Ökosteuer profitiert. Auch Troge sprach sich dafür aus, die umweltschädlichen und volkswirtschaftlich fragwürdigen Steuerermäßigungen abzubauen.

Für eine Erhöhung der Ökosteuer plädierte ein breites Bündnis von 130 Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen. "Die Ökosteuer ist ein unverzichtbares Instrument für Umweltschutz, Beschäftigung und Innovation", heißt es in einer Erklärung des Fördervereins ökologische Steuerreform, die am Dienstag veröffentlicht wurde. Das zusätzliche Geld solle dem Haushalt zu Gute kommen. Die Forscher forderten ebenfalls einen Abbau der Ökosteuer-Ausnahmen.

Deutsche lassen sich ökosteuern

[Hanna Gersmann, taz Nr. 7516, 17.11.2004] Viel gescholten, aber wirksam: Wegen der Ökosteuer drosseln laut Studie des Umweltbundesamtes die meisten ihren Energieverbrauch. Dennoch schlagen Wissenschaftler vor, die Steuer einzufrieren und stattdessen Subventionen abzubauen.

Kaum ein Fenster, das stundenlang gekippt ist, während die Heizung bollert. Nur noch selten brennt der Kronleuchter im Wohnzimmer, obwohl niemand da ist. Auch der Bleifuß im Auto ist

passee. Die Deutschen haben dazugelernt. Sie sparen Energie - dank Ökosteuer. Das ist das Fazit einer Studie, die das Umweltbundesamt (UBA) beim Berliner Forschungsinstitut Ecologic und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Auftrag gegeben hat. Ein Plädoyer, die Ökosteuer zu erhöhen, hält UBA-Chef Andreas Troge trotzdem nicht. Er schlägt andere Maßnahmen vor.

"Aufschwungbremse", "Jobkiller", "Etikettenschwindel" - für die Ökosteuer, die seit 1999 erhoben wird, ist den meisten jedes Schimpfwort recht. Anfang 2003 erhöhte sich die Abgabe zum letzten Mal, und zwar um 3,07 auf 15,34 Cent je Liter Benzin und um 0,26 Cent pro Kilowattstunde Strom. Auch Heizen mit Erdgas wurde teurer. Wie Verbraucher und Manager "jenseits des politischen Grundrauschens" (Troge) reagieren, ermittelten Wissenschaftler nun zum ersten Mal. Sie befragten im September mehr als 1.000 Personen und führten Gespräche mit Firmen. Demnach geben mehr als 50 Prozent der Bürger an, so Auto zu fahren, dass der Tank sich langsamer leert. Kein Wunder, könnte jeder einwenden, kletterten die Benzinpreise zur Zeit der Umfrage auf Höchstniveau. Andreas Kraemer, der die Umfrage bei Ecologic leitete, hält aber dagegen. "Dreiviertel aller Deutschen sagen auch, dass sie die Leerlauf-Funktion beim Fernseher oder Radio ausschalten." Genauso viele achteten auf Heizkosten.

Auch das ist nun belegt: Viele Unternehmen profitieren von der Ökosteuer. Die Wirtschaftslobby verschweigt das gerne.

Doch die Gewinner sind zum einen Firmen, die etwa Niedrigenergiehäuser anbieten. Zum anderen all diejenigen, die wenig Energie verbrauchen, dafür aber viele Mitarbeiter haben. Banken beispielsweise. Denn schließlich macht die Ökosteuer - das ist der ausgemachte Wille von Rot-Grün - Energie teurer und Arbeit billiger. Die Finanzämter kassierten durch sie 2003 17 Milliarden Euro. Zum größten Teil flossen die Gelder in die Rentenkasse. "Ohne die Ökosteuer wäre der Beitragssatz zur Rentenversicherung heute 1,7 Prozent höher, betrüge nicht 19,5 sondern 21,2 Prozent", erklärt UBA-Chef Troge.

Also Ökosteuer erhöhen? Das schließt Troge dann doch aus, weil es nicht in die politische Großwet-

terlage passe. Zwar versprachen sich Rot und Grün, 2004 über die Zukunft der Ökosteuer nachzudenken - aber unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage. Angesichts der hohen Ölpreise stellte Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) unlängst klar: An der Steuerschraube wird nicht gedreht. Das bestätigte die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth erst am Wochenende in der Bild am Sonntag.

Stattdessen solle so manche Vergünstigungen für die Industrie und so manche Subvention abgebaut werden. Die Grünen sind sich da mit Wissenschaftlern einig. 130 der letzteren unterschrieben gestern eine entsprechende Erklärung. Unter ihnen Professor Martin Jänicke, Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen. "Von Karstadt bis Opel werden die Arbeitnehmer wegen der hohen Abgaben auf Arbeit unter Druck gesetzt", sagt er. Da sei die Senkung der Lohnnebenkosten durch eine ökologisch-soziale Finanzreform die beste Lösung.

Umweltschützer und Politiker haben längst benannt, was dazu gehört: Pendlerpauschale streichen, Mehrwertsteuersatz für die Bahn halbieren, Subvention von Agrardiesel abschaffen. Den Staatshaushalt, so rechnete Troge vor, könne das "in den nächsten fünf bis zehn Jahren um 30 Milliarden Euro entlasten".

Ökosteuer-Sparrechner unter www.oeko-steuer.de/oekorechner

DIE ÖKOSTEUER HAT SICH BEWÄHRT. ABER IHRE MACHER SAGEN ES NICHT – Selbst die Bosse genießen im Stillen

[Kommentar Hanna Gersmann, taz 17.11.2004]
Die Ökosteuer ist ein Erfolgsmodell. Weil Energie teurer wird, sparen Verbraucher und schonen so die Umwelt. Der ökonomische Anreiz ist so simpel wie effektiv. Doch das ist nur die eine Seite des viel gescholtenen Aufschlags auf die Sprit- und Stromrechnung. Er füllt auch die Rentenkasse. Schade, dass das kaum einer weiß, aber auch gar nicht wissen kann. Denn die Regierung hält die Verbraucher dumm. Rot-Grün hat nie richtig deutlich gemacht, dass nur mit der Ökosteuer die Beitragsexplosion bei den Renten verhindert wurde. Ein haarsträubendes

Kommunikationsversagen.

Egal ob Hans Eichel oder Jürgen Trittin - sie geben sich lieber mit dem Status quo ab, als dass sie eine neue Ökosteuerrunde riskieren. Bitte keinen Krach, schon gar nicht, wo die Wahl immer näher rückt! Nicht die damalige "Benzinwut"-Kampagne der *Bild*-Zeitung hält die Regierung bis heute verschreckt - die Lobby der Autofahrer und Energieversorger hat diese Schwäche genutzt und bestimmt das schlechte Image des Ökoaufschlags. Es ist fahrlässig, nichts dagegen zu unternehmen. Warum druckt der Umweltminister nicht ab und zu ein Plakat: Ökosteuer rauf, Lohnkosten runter! Die deutschen Unternehmen sparen schließlich acht Milliarden Euro, die Eichel an den Tankstellen zusätzlich einnimmt. Die Rentenversicherung kommt dennoch nicht um eine Reform herum. Aber das Prinzip der Ökosteuer bleibt richtig: Sie macht Energie teurer und Arbeit billiger. Ganz nebenbei schützen wir so das Klima und werden einfacher mit knapper werdenden Ressourcen fertig.

Das dürfte auch die Wirtschaft freuen. Aber viele Bosse genießen lieber stillschweigend. Immerhin begann die Karriere der Ökosteuer in der Industrie selbst. Sie plädierte für moderate Umweltabgaben, als der damalige CDU-Minister Töpfer Auflagen zum Energiesparen vorschreiben wollte. Die Industrie wollte plötzlich lieber eine Kohlendioxid-Steuer, dann übrigens einen Handel mit Emissionszertifikaten. Jetzt gibt es beides.

Die Manager stehen nicht im Weg, die Verbraucher auch nicht. Die rot-grünen Koalitionäre dürfen sich beim ökologischen Umbau ruhig mehr trauen. Zumal vor einer Wahl. Wer weiß, ob sie danach noch die Chance haben.

FÖS in der Presse – Umweltsteuern: Niedrig

[Fritz Vorholz, aus: Die ZEIT vom 28.10.04] Eine bisher kaum beachtete Studie der OECD könnte in Deutschland noch für Aufregung sorgen. Laut der vergleichenden Expertise über die Steuersysteme in den 30 Mitgliedsländern des Industrieländerklubs belasten hierzulande Umweltabgaben die Wirtschaft weniger als in wichtigen Nachbarländern. Während im Durchschnitt der 15

alten EU-Mitglieder Umweltsteuern mit 2,84 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu Buche schlagen, sind es in Deutschland nur 2,58 Prozent.

Die überraschenden Zahlen haben vor allem die Grünen aufhorchen lassen. In ihren Kreisen wird seitdem darüber diskutiert, ob man sich – Entgegen der Regierungslinie – nicht doch für eine weitere Erhöhung der Ökosteuer stark machen sollte. Besonders bei der Heizölsteuer, die mit 6,2 Cent pro Liter weit unter den Sätzen Dänemarks oder Italiens liege, sei noch Spielraum, heißt es inoffiziell.

Abgeschlossen ist die Meinungsbildung bei den Grünen allerdings noch nicht. Um ihren Kurs abzustecken, wollen Parteichef **Reinhard Bütikofer** und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, **Reinhard Loske**, zunächst eine Runde von Experten konsultieren. Das Treffen soll Anfang November stattfinden. Eingeladen haben die Grünen unter anderem den Chef des Umweltbundesamtes, **Andreas Troge** (CDU), den Chefökonom der Deutschen Bank, **Norbert Walter**, sowie den Regensburger Wirtschaftsprofessor **Wolfgang Wiegard**. Wiegard ist nicht nur Vorsitzender der fünf Wirtschaftsweisen, sondern – ebenso wie Walter – Mitglied im Beirat des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS). Der FÖS hat kürzlich ein Memorandum vorgelegt, in dem er die weitere Erhöhung der Ökosteuer fordert: Die Steuer auf Heizöl soll danach um jährlich 2 Cent je Liter erhöht werden, die auf Kraftstoff um 3 bis 5 Cent.

Steuerpille gegen Rohöl-Sucht - Wissenschaftler wollen Reform ausbauen

[Neues Deutschland, 17.11.2004] Mehr als 130 Wissenschaftler sprachen sich am Dienstag in einer Erklärung für die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform aus, die der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) vorstellte.

»Die Ökologische Steuerreform ist ein unverzichtbares Instrument für Umweltschutz, Beschäftigung und Innovation. Sie soll langfristig fortgeführt und weiter verbessert werden.« So lauten die Kernsätze der Erklärung, mit der 130 unterzeichnende Wissenschaftler alle Parteien im

Bundestag dazu auffordern, »sachlich und ohne Zapfsäulen-Polemik« über die Öko-Steuer zu diskutieren. Rot-Grün wollte laut Koalitionsvertrag noch 2004 hierüber entscheiden.

Die Ökosteuer wirkt

Dank der Öko-Steuer sei der Kraftstoffverbrauch zwischen 1999 und 2004 erstmals leicht gesunken, führen die Unterzeichner an. Außerdem läge der Rentenbeitrag ansonsten 1,7 Prozent über dem heutigen Niveau. »Die ökonomische Forschung zeigt, dass die ökologische Steuerreform die Umwelt entlastet und Beschäftigung fördert. Unsere Volkswirtschaft ist zu stark von den Schwankungen der Rohölpreise abhängig«, begründet Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, ihre Unterschrift. Die Öko-Steuer helfe Deutschland, sich von der Sucht nach Rohöl zu befreien. Die zahlreichen Gewinner der Öko-Steuer schwiegen vornehm, während die Gegner laut gegen die Reform polemisierten«, sagt die Professorin in einer Presseerklärung. Verbesserungsbedarf sieht der FÖS bei den Kriterien für eine Ermäßigung bei der Öko-Steuer. Die statistische Zuordnung nach produzierendem Gewerbe sei nur bedingt sachgerecht. Auch schlägt der FÖS vor, die künftigen Erhöhungsstufen nicht mehr an den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung zu koppeln sondern in die Finanzpolitik integriert werden.

Steuergeschenke abbauen

Martin Jänicke, unterzeichnender Professor und Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen plädiert wegen der hohen Rohölpreise für »eine Pause bei der weiteren Anhebung der Kraftstoffsteuern«. Aber Rot-Grün solle endlich die Steuervergünstigungen für Diesel, den Flugverkehr und die Industrie abbauen. Von Karstadt bis Opel würden Arbeitnehmer wegen der hohen Abgaben auf Arbeit unter Druck gesetzt. Die Senkung der Lohnnebenkosten durch eine ökologisch-soziale Finanzreform mit Subventionsabbau ist nach Ansicht Jänickes die bessere Alternative als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

An den Grundprinzipien der Öko-Steuer wollen die 130 Wissenschaftler nichts ändern. Sie soll weiterhin auf Jahre vorab festgelegt steigen und

sich auf alle nicht erneuerbaren Energieträger erstrecken und das Gesamtniveau der Steuern nicht steigern.

Der Förderverein Ökologische Steuerreform ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern, Unternehmern und Umweltorganisationen, die sich seit zehn Jahren für eine umfassende ökologische Finanzreform engagieren. Infos auch unter www.foes.de

Studie unterstreicht Vorteile der Ökosteuer

[Frankfurter Rundschau, 17.11.04] Das Umweltbundesamt sieht die bisherigen Ziele erreicht und fordert die Einbettung in eine breit angelegte Finanzreform/ Die Ökosteuer ist nach Ansicht des Umweltbundesamtes mit milliardenschweren Vorteilen für Unternehmen und Arbeitnehmer besser als ihr Ruf. In einem Gutachten nehmen die Experten das Instrument gegen Kritik aus Wirtschaft und Politik in Schutz.

Die 1999 auf Benzin, Diesel und andere Energieträger eingeführte Abgabe wirke durchaus in die gewünschte Richtung, meint der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Andreas Troge. Ziel der Ökosteuer ist es, den Energieverbrauch zu drosseln und die Rentenkasse zu entlasten. Dies wird nach Studien zweier Forschungsinstitute auch erreicht. Einer repräsentativen Umfrage vom September zufolge achtet die Hälfte der 1000 Befragten wegen der Ökosteuer stärker auf den Energieverbrauch. Auch die Wirtschaft profitiere: Die Ökosteuer begünstige innovative, Energie sparende Unternehmen und senke die Lohnnebenkosten deutlich. Seit 2003 gebe es aber in einigen Wirtschaftsfeldern nachgebende Effekte, die eine Weiterentwicklung nahe legen.

Die Lohnnebenkosten sanken laut Studie jährlich um acht Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Steuer seien zu rund 90 Prozent direkt in die Entlastung der Rentenkasse geflossen. Ohne die Ökosteuer wäre der Beitragssatz zur Rentenversicherung heute 1,7 Punkte höher - betrüge also nicht 19,5 sondern 21,2 Prozent.

Positive Wirkungen hat die Ökosteuer auf die Umwelt, wie die Studie nach Ansicht des UBA belegt: 53 Prozent der Autofahrer hätten erklärt, weniger mit dem "Bleifuß" zu fahren und den

Wagen manchmal stehen zu lassen. Fast drei Viertel der Befragten würden elektrische Geräte inzwischen direkt abschalten und den stromfressenden Stand-by-Modus vermeiden.

Bis zum Jahr 2002 profitierten die Unternehmen den Angaben zufolge per saldo von der Reform. Neben Dienstleistern habe das Verarbeitende Gewerbe mit Nettoentlastungen von rund einer halben Milliarde Euro 2002 zu den größten Gewinnern gezählt. Die Situation habe sich für diese Sparte 2003 aber geändert, weil die Steuerermäßigungen bei der Ökosteuer verringert und die dadurch gewonnenen Steuermehreinnahmen "teilweise zur Haushaltskonsolidierung genutzt" worden seien. Die Unternehmen konnten deshalb nicht davon profitieren, die Beiträge zur Rentenversicherung wurden nicht weiter gesenkt.

Als Folge seien die Unternehmen 2003 insgesamt netto "leicht belastet" worden. Nettozahler seien die Landwirtschaft und der Verkehr gewesen, alle übrigen Produktionsfelder seien zusammen netto weiterhin entlastet worden. Weite Teile der Dienstleistungen wie Gesundheitswesen und Kreditgewerbe hätten auch 2003 zu den Gewinnern der Ökosteuer gehört.

Das Gutachten stützt sich auf Untersuchungen und repräsentative Umfragen des Berliner Forschungsinstituts Ecologic vom September sowie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Wissenschaftler empfahlen, die Ökosteuer in eine "breit angelegte ökologische Finanzreform einzubetten". Deren Zweck solle auch der "Abbau weiterer, umweltschädlicher und volkswirtschaftlich fragwürdiger direkter Subventionen sowie Steuerermäßigungen" sein; hierzu zählen die Experten auch die Pendlerpauschale. Anders als Troge fordern zahlreiche Wissenschaftler weitere Erhöhungen der Ökosteuersätze. Das Geld solle nicht mehr der Rentenversicherung, sondern dem allgemeinen Haushalt zufließen. "Die Ökosteuerreform ist ein unverzichtbares Instrument für Umweltschutz, Beschäftigung und Innovation", erklärten mehr als 130 Wissenschaftler in einer Unterschriftenaktion des Fördervereins Ökologische Steuerreform.

Der FÖS war in November 2004 auch in der Presse zu sehen bei:

der Financial Times Deutschland:

<http://www.ftd.de/pw/de/1100336578996.html?nv=se>

Environment Daily -

<http://www.foes.de/GBNnews10/3artikel7.html>

...und der Associated Press:

<http://de.news.yahoo.com/041116/12/4apol.html>

Energiesteuer lächerlich gering gegenüber Lohnsteuer plus Sozialabgaben

[sfv-rundmail, 26.10.2004] Ein Vergleich bringt es ans Licht Deutschland braucht mehr Lehrer, mehr Forscher, mehr Handwerker, mehr Krankenschwestern... Damit die Einstellung von mehr Personal wieder bezahlbar wird, müssen Lohnsteuer und Sozialabgaben gesenkt werden. Darüber besteht weitgehend Einigkeit. Die notwendige Sozialabsicherung der Bevölkerung, der öffentliche Nahverkehr, Verkehrswege, Deiche, Feuerwehr und Polizei können aber auf Staatsgelder nicht verzichten. Wer Lohnsteuer und Sozialabgaben verringern will, muss deshalb sagen, woher er das Geld für die unverzichtbaren Staatsaufgaben nehmen will. Hier besteht eine erschreckende Konzeptionslosigkeit.

Woher das Geld aber nun nehmen?

In einem sozialen Gemeinwesen sollten die Leistungsfähigsten den höchsten Beitrag leisten. Suchen wir also die Leistungsfähigsten. Dies sind nicht etwa nur die zwei Dutzend deutscher Milliardenäre, die natürlich auch ihren Anteil übernehmen müssten, vielmehr sind es auch - keine Personen - sondern es ist, völlig entpersonalisiert, die Energie als "Produktionsfaktor". Die Steuern auf den Produktionsfaktor Energie müssen erhöht werden!

Energiesteuer angeblich viel zu hoch

Natürlich wehrt sich die Energiewirtschaft gegen eine Energiesteuer. Ihre Argumente sind populär, aber nicht stichhaltig. Die Staatsquote beim Diesel z.B. - so empört sich die Energiewirtschaft - betrage bereits zwei Drittel, und das sei ein Skandal! Unser Antwort: Vergleichen wir doch einmal die gegenwärtige Energiesteuer mit der gegenwärtigen Lohnsteuer plus Sozialabgaben. Das Missverhältnis zwischen Beiden ist so grotesk, dass JEDES Beispiel dazu surreal anmutet. Zum Beispiel folgendes Beispiel: Einen Mittelklasse-

wagen fährt man mit 7 Liter Dieselmotorkraftstoff 100 km weit. Die Staatsquote dafür beträgt etwa 5 Euro (Mineralölsteuer plus Mehrwertsteuer). WÜRDE man den Kleinwagen durch Arbeitskräfte von Hand die gleichen 100 km schieben lassen, so würde man damit fünf Personen 5 Tage lang beschäftigen; das sind 25 Personen-Tage. Die gleiche Arbeit ohne Mithilfe von Energie würde also - betriebswirtschaftlich gesehen - einen ganzen Monatslohn verschlingen. Die Staatsquote (Lohnsteuer plus Sozialabgabe) dafür beträgt etwa 500 Euro. Lohnsteuer und Sozialabgaben für die gleiche Verrichtung (100 km Auto bewegen) sind also HUNDERTMAL höher als die Mineralölsteuer!!! Auch Sie werden überrascht sein. Die Überraschung beruht darauf, dass wir auf einen Schlag drei Missverhältnisse erkennen, an die wir uns längst gewöhnt hatten: Missverhältnisse in der Leistungsfähigkeit, im Preis und in der Besteuerung.

Kein Zwang zu körperlicher Schwerarbeit!

Notwendige Folgerungen? Niemand - auch wir nicht - will das Problem der Arbeitslosigkeit dadurch lösen, dass er die Unternehmen durch hohe Spritpreise zwingt, zukünftig ihre Lieferwagen durch Hilfsarbeiter von Hand schieben zu lassen. Aber in dieser Hinsicht droht nun wirklich keine Gefahr! Selbst wenn die Dieselsteuer VERZEHNTELFACHT würde, von derzeit 47,04 Cent auf 470,4 Cent pro Liter, würden die sieben Liter für die 100 km-Strecke immer noch erheblich billiger sein als der Arbeitslohn für die fünf Auto-Schieber. Der Arbeitslohn wäre dann immer noch zehn mal so hoch wie die Spritkosten. Es besteht also keine Gefahr, dass Menschen wieder für stumpfsinnige Schwerarbeit eingesetzt würden, auch dann nicht, wenn die Energiesteuer drastisch erhöht würde. Kein Arbeiter müsste deshalb auf den Schlagbohrer, die Drehbank, den Lastenaufzug verzichten. Wie wirkt eine Erhöhung der Energiesteuer auf die Produktion? Höhere Energiesteuern wirken im Wesentlichen auf dem Umweg über die Grundstoff-Preise. Zu den Grundstoffen gehören z.B. Kupfer, Stahl, Aluminium, Zement, Kunststoffgranulat und viele mehr. Die Erzeugung der Grundstoffe aus den Bodenschätzen, z.B. von Aluminium aus Bauxit, von Stahl aus Eisenerz, von Zement aus Kalkstein ist extrem energieaufwändig. Etwa zwei Drittel

der in der Produktion eingesetzten Energie fließt in die Grundstoffherstellung. Eine Erhöhung der Energiesteuern würde zur erheblichen Verteuerung der Grundstoffe führen - und das wäre von großem Vorteil!

Grundstoffe teurer machen!

Teure Grundstoffe sind der Geheimtipp für eine Sanierung der Wirtschaft, für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, denn teure Grundstoffe wirken der Materialvergeudung entgegen. Reparaturen lohnen sich wieder; man wirft Produkte wegen kleiner Fehler nicht mehr weg, sondern man produziert reparaturfreundlicher. Die Grundüberholung wertvoller Produkte, wie Computer oder Automotoren im Herstellerwerk oder in einer Filiale kann ein Werbeargument für "Made in Germany" werden. Die Beschäftigung gut ausgebildeter Facharbeiter in Reparaturbetrieben wird wieder an der Tagesordnung sein.

Steuerprivileg für "Dieselpanzer" abgeschafft

[*BMU-Pressreferat, 28.10.2004*] Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat heute eine Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs Zulassungs-Ordnung unterzeichnet, mit der das Steuerprivileg für schwere Geländewagen abgeschafft wird. "Damit schließen wir nach anderthalb Jahren Diskussion ein Schlupfloch im System der Schadstoffklassen und damit der steuerlichen Anreize für saubere Kraftfahrzeuge", so Trittin. Im derzeit noch privilegierten Bereich von 2,8 bis 3,5 Tonnen zulässigen Gesamtgewichts ist die Kfz-Steuer bedeutend niedriger. Darüber hinaus findet das Emissionsverhalten der Pkw bislang keine Berücksichtigung.

Der Bundesumweltminister hatte sich seit Frühjahr letzten Jahres für die Abschaffung des Steuerprivilegs eingesetzt. "Damit wurden nicht nur die Käufer hochmotorisierter schwerer Edel-Geländewagen bevorzugt. Ohne die Änderung der Zulassungsregeln drohte sich das bisherige Schlupfloch auch noch zu einer Bresche für alte Stinker zu erweitern", so Trittin. Vor allem den Besitzern älterer Fahrzeuge wurden häufig so genannte "Auflastungen" angeboten, um die erhöhte Kraftfahrzeugsteuer für Pkw mit schlechterem Abgasverhalten zu umgehen. "Mit einem

vergleichsweise billigen Gutachten und ein wenig Zubehör durften dann auch größere Vans und ähnliche Fahrzeuge formal 2,8 Tonnen transportieren und wurden fortan nur noch als Nutzfahrzeuge besteuert", so Trittin. Nachteile für Handwerk und Mittelstand durch die Beseitigung des Steuerschlupfloches wird es nicht geben. Denn die Regeln zur Definition von Nutzfahrzeugen finden sich bereits heute in der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung. Auch Umrüstungen von Pkw für eine gewerbliche Nutzung sind bereits heute gängige Praxis. Dafür müssen unter anderem die hintere Sitzbank und die dazugehörigen Sicherheitsgurte dauerhaft und irreversibel ausgebaut werden. "Damit kann auch ein Edel-Geländewagen nach dem entsprechenden Umbau wieder wie ein Gemüsepritschenlaster zugelassen werden", sagte Trittin.

Der Bundesumweltminister hat die Änderungsverordnung dem Bundesverkehrsminister zugeleitet. Sobald dieser ebenfalls unterzeichnet hat, wird die Verordnung im Bundesgesetzblatt verkündet. Die Änderung tritt zum 1. Mai 2005 in Kraft. Während der sechsmonatigen Übergangszeit bis zum Inkrafttreten der Änderung sind von den Bundesländern Regelungen über die Folgewirkungen sowie Entscheidungen über mögliche Vergünstigungen für bestimmte Berufsgruppen zu treffen. "Sie entscheiden damit selbst über die Verteilung ihres Steueraufkommens", so der Bun-

desumweltminister.

Joschka Fischer: Energiepreise bleiben langfristig hoch

[Stuttgarter Nachrichten, 12.09.04]

Außenminister Joschka Fischer geht davon aus, dass die Energiepreise auf längere Sicht nicht heruntergehen. Der «Bild am Sonntag» sagte Fischer: «Wir sollten uns darauf einrichten, dass die Energiepreise langfristig sehr hoch bleiben werden.» Als Grund nannte er den weiter wachsenden Energiebedarf Chinas und Indiens. «Schon jetzt kauft China die Weltmärkte bei Öl und Rohstoffen leer, dabei ist erst ein Viertel der Chinesen am Fortschritt beteiligt. Auch eine Milliarde Inder haben sich aufgemacht, am Wohlstand teilzuhaben.» Umso wichtiger sei es für Deutschland, das ganz wesentlich von der Automobilbranche lebe, sich darauf einzustellen. Fischer fügte hinzu: «Autos mit weniger Benzinverbrauch zu fördern, auch mit Hilfe der Öko-Steuer, ist längst nicht mehr nur ein Thema der Grünen. Spritsparende Autos sind Spitzenprodukte für den weltweiten Export. Und unsere "Weg-vom-Öl-Strategie" ist der richtige Weg.»

3. ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL

Bush-Allianz torpediert Klimaschutz im internationalen Flugverkehr

[Pressemitteilung Umweltverbände, 09.09.04] Die im Arbeitskreis Flugverkehr zusammengeschlossenen Umweltverbände verurteilen den Vorstoß einer von der Bush-Regierung geschmiedeten Allianz von 22 Staaten scharf, wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Flugverkehr zu unterbinden. „Es ist schon schlimm genug, dass die Bush-Regierung Klimaschutz im eigenen Land blockiert“, meint Flugverkehrsexperte Dietrich Brockhagen von Germanwatch. „Dass die USA nun auch noch gemeinsam mit Ländern wie China, Indien und Japan den Europäern Umwelt-

abgaben im Flugverkehr verbieten wollen, ist pure Verhinderungspolitik!“

In einem Brief an Bundeskanzler Schröder, Verkehrsminister Stolpe und Finanzminister Eichel fordern die Verbände die Regierung auf, sich an den Koalitionsvertrag und Bundestagsbeschlüsse zu halten und für wirksame Klimaschutzinstrumente auf internationaler Ebene zu kämpfen. „Minister Stolpe hat das Thema noch gar nicht auf dem Radar“, kritisiert Brockhagen, „dabei müsste er laut Koalitionsvertrag und Parlamentsbeschluss Deutschland und die EU gegen den Vorstoß aus den USA entschieden verteidigen.“ Der Flugverkehr ist der einzige Verkehrsträger, der von Energiesteuern weitgehend befreit ist. Das

Ergebnis ist ein Dumpingpreis von 30 Cent pro Liter Kerosin und damit ein enormer Wettbewerbsvorteil für den Flugverkehr. „Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass Abgaben auf Emissionen oder Kerosin ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind. Die EU darf sich deshalb auf keinen Fall die Hände binden lassen, bei innereuropäischen Flügen eigenständig zu handeln und mehr Kostengerechtigkeit zu schaffen“, fordert Thorben Prenzel vom BUND.

„Zehn Jahre lang sind nur große Reden geschwungen und tonnenweise Papier beschrieben worden. Derweil ist der Flugverkehr dabei, durch seine geballte Klimaschädlichkeit alle potentiellen Erfolge des Klimaschutzprotokolls von Kioto zunichte zu machen“ erklärt Helmar Pless vom VCD. „Es reicht. Wir fordern von Minister Eichel, seine Ankündigungen umzusetzen und gemeinsam mit EU-Partnerländern ab sofort eine Kerosinsteuer einzuführen.“

Vom 28. September bis 8. Oktober 2004 entscheidet die Generalversammlung der Internationalen Zivilen Luftfahrtorganisation (ICAO) in Montreal über einen Vorschlag einer Allianz der USA mit 21 weiteren Staaten, u.a. Kanada, Japan, Russland, China und Indien, wonach Staaten weltweit keine emissionsbezogenen Abgaben einführen dürfen. Mittelbar sind dadurch auch die Kerosinsteuer und der Emissionshandel in der EU betroffen. Obwohl einige EU-Staaten in Vorverhandlungen protestiert haben, ist derzeit nicht gesichert, dass die EU sich gegen den Vorstoß wehren wird. Am 20. September wird die EU ihre Verhandlungsposition festlegen. Die Vertreter des deutschen Verkehrsministeriums haben bereits angekündigt, dabei keine pro-aktive Rolle zur Verteidigung der EU einnehmen zu wollen. Genau diese Rolle ist aber im Koalitionsvertrag von 2002 und in einem Bundestagsbeschluss von 2001 vorgesehen.

Ausführliche Informationen inklusive Originaldokumenten und Forderungen der Umweltverbände erhalten Sie in einem Hintergrundpapier (Download unter www.germanwatch.org).

Schweiz: CO₂-Lenkungsabgabe in der Beratung (Vernehmlassung)

[Patrick Hofstetter, WWF Schweiz, 12.11.04] Am

20.10.2004 hat der Schweizerische Bundesrat den Vorbereitungs- und Diskussionsprozess zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO₂-Gesetz eröffnet. Er stellt dabei vier alternative Umsetzungsvarianten zur Diskussion:

Variante 1 entspricht dem CO₂-Gesetz und schlägt eine CO₂-Lenkungsabgabe auf Brenn- und Treibstoffe vor. Die Erträge werden gemäß ihrer Herkunft an die Bevölkerung pro Kopf und an die Wirtschaft als Rabatt auf Sozialleistungsabgaben rückerstattet.

Um den nötigen Abgabesatz im Verkehrsbereich tief zu halten wird in Variante 2 vorgeschlagen, zwei Prozent der Lenkungsabgabeeinnahmen für den Erwerb von Emissionsreduktionszertifikaten aus dem Ausland einzusetzen.

Variante 3 will nur eine Lenkungsabgabe auf Brennstoffe und schlägt für Treibstoffe den so genannten „Klimarappen“ vor. Die „freiwillige“ Abgabe der Erdölwirtschaft von einem Rappen auf Treibstoffe soll dazu verwendet werden, Emissionsreduktionszertifikate aus dem Ausland zu kaufen und einzelne Klimaschutzmaßnahmen in der Schweiz zu subventionieren.

Variante 4 verzichtet auf Lenkungsabgaben und erhöht dafür den Klimarappen auf ca. 1,6 Rappen. Damit würden ebenfalls Zertifikate in großem Ausmaß gekauft und Inlandmaßnahmen subventioniert.

Die Erdölvereinigung und Teile der Wirtschaft werden sich für Variante 4, Organisationen der Zivilgesellschaft für Variante 1 aussprechen. Die Diskussionsprozess läuft noch bis zum 20. Januar 2005. Es wird erwartet, dass der Bundesrat im Frühling einen Entscheid treffen wird. Bei den Varianten 1-3 muss dann das Parlament den vorgeschlagenen Abgabesatz bestätigen. Früheste Einführung der Lenkungsabgabe ist der 1.1.2006.

Gleichzeitig soll ebenfalls geregelt werden, welche Qualitäts- und Mengenanforderungen die zugekauften Emissionsreduktionszertifikate erfüllen müssen. Der vorliegende Vorschlag sähe vor, dass die Marrakesh-Accords juristisch so interpretiert werden, dass bis zu 50 Prozent des Reduktionsbedarfes im Ausland getätigt werden darf. Die Umweltorganisationen wollen diesen Anteil auf 10 Prozent beschränken. Es ist dabei wichtig zu beachten, dass sowohl Variante 3 als auch 4 die

Marrakesh-Accords und damit die vorgeschlagene Verordnung zum Einsatz der flexiblen Mechanismen verletzen.

Sämtliche Unterlagen zum Diskussionsprozess unter

http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/fachgebiete/fg_klima/vernehmlassung/

<http://www.umwelt-schweiz.ch/buwal/de/medien/presse/artikel/20041020/01129/index.html>

Norwegische Regierung stellt Ökologischen Haushalt für 2005 vor

[*Environment Daily 1742, 07/10/04*] Der englischsprachige Artikel stellt den Haushaltsvorschlag der norwegischen Regierung für 2005 vor. Norwegen will CO₂-freie Energieerzeugung mit zusätzlichen Geldmitteln versehen und Energie-sparmaßnahmen finanziell unterstützen.

The Norwegian government on October 6th submitted budget proposals for 2005 featuring heavy investment in CO₂-free natural gas power generation. Tax incentives to encourage the introduction of sulphur-free petrol and diesel are to be introduced.

Norway's "energy fund" to promote energy saving, renewables and natural gas will receive an additional NKr95m (EUR11m), up 17%. Its target for increased environment-friendly energy production and saving is being increased to 12 TWh per year by 2010, a 2 TWh increase over the previous target set in 2002.

NKr150m will be made available for R&D on CO₂ sequestration. A NKr2bn fund for environmentally friendly gas technology set up earlier this year is expected to return about NKr46m as part of a proposed "national gas technology programme".

Total allocation for the environment ministry rises 3.5 percent to NKr2.7bn. Priorities are identified as outdoor recreation, cultural heritage and forest conservation. An extra NKr14m is earmarked for cleaning up polluted ground, water and sediments in order to complete work on 100 priority sites, and inspections of 500 more, next year.

Link: Norwegisches Finanzministerium
<http://odin.dep.no/fin/>

Japan: Umweltsteuern sind für Rentenversicherung gedacht

[*Japan Today, November 22, 2004*] Die japanische Regierung hat eine neue Umweltsteuer eingeführt, für die die deutsche Ökologische Steuerreform Modell stand, inklusive des Prinzips der „doppelten Dividende“

The government's new tax for environmental protection, the so-called "environmental tax," will be put into effect as of January, 2006. The government is claiming officially that the new tax is to provide funding for measures aimed at preventing global warming. However, a confidential document of the Ministry of Environment (MOE) indicates that the new tax revenue will be used to make up the shortfall in the National Pension fund. Without knowing this, the major Japanese news outlets are reporting in favor of the new tax.

The Ministry of Environment (MOE) announced a new tax bill for environmental protection on 5. Nov. The MOE claimed that global warming was causing more abnormal weather, which would bring about more damage to the people of the world. The advanced countries signed the Kyoto Protocol which limited the emission of green house gases (GHG) which included carbon dioxide.

In line with the Kyoto Protocol, the Japanese government promised to decrease the GHG by 6 percent in 2008 to 2012 than the level of 1990. In reality, this means a 13 percent reduction since the level of 1990 increased significantly today.

The MOE will increase the tax on oil products such as gasoline and home oil in order to decrease the GHG. From January 2006, the Japanese people will have to pay a higher tax on gasoline, light oil, home oil, electricity and gas.

The major newspapers are supporting the new tax. The Asahi said in its editorial, "The Kyoto Protocol will be put into effect soon, which will accelerate the debate on the issue of environmental taxes. Many European countries already have environmental taxes but the Japanese government has been delaying the debate. The

government has to consider more seriously the introduction of an environmental tax."

The Mainichi stated in its editorial, "The government has to limit GHG emissions. To accomplish this, the introduction of an environmental tax is extremely important. Many Japanese corporations are opposing the introduction of the environmental tax but they should be positive about it."

The ruling Liberal Democratic Party (LDP), the New Komeito and even the opposition Democratic Party of Japan (DPJ) are supporting the new tax bill. Business circles and the Ministry of Economy, Trade and Industry oppose the bill.

However, there is an important sentence concerning what the revenue from the environmental tax will be used for in an internal document of the MOE. It says, "A part of the revenue from the environmental tax will be used to create more employment opportunities, maintaining and enhancing strength of business corporations such as reduction of premium payment of business corporations.

This implies a relation between the environmental tax and the National Pension. The internal MOE documents detail the system of the new environmental tax. According to the documents, the environmental tax is to be imposed on all chemical fuels such as oil, coal and natural gas. Oil refinery companies pay tax on gasoline, light oil and propane gas, which will force them to raise prices of those products.

Consumers also have to pay an environmental tax added to their utility bills.

Families will have to pay 3,000 yen a year

In total, one family will have to pay a 3,000 yen environmental tax a year, which will create 490 billion yen in tax revenue for the government. The MOE documents say that 340 billion yen of that will be used for implementing policies for reducing the GHG and 150 billion yen will be allocated for maintaining and enhancing the strength of business corporations, which means to reduce the burden of business corporations to pay premium for social insurance.

One source on the LDP Environmental Committee told Shukan Post: "Business circles will never accept the plan for introducing an environmental tax. The statement for reducing their premium

payment for social insurance is a tactic to get businesses to accept the new tax. In reality, however, the government gives tax relief to business corporations and the 150 billion yen is used for helping the nation's ailing social security system."

The government promised to increase the government's share of payments for the National Pension, however, due to a shortage of resources, the government's plan now looks impossible. To solve the problem, the government is discussing an increase in the income tax as well as the consumption tax. Now, the environmental tax is becoming a part of them to cover the shortage in the National Pension fund.

Yoshio Tamura, director of Environmental Bureau of the MOE, is leading the movement for an environmental tax. Tamura is from the Ministry of Finance (MOF).

On Nov 12, a meeting of the Tax System Research Committee was held attended by the MOF Tax Bureau Director and other tax executives. At a news conference, Hiromitsu Ishi, the Tax System Research Committee chairman, dwelt upon the idea of using a part of the environmental tax revenue for ailing social security.

For soliciting an agreement, the MOE invited the chairman of the LDP Environmental Issue Research Committee and eight committee members and one New Komeito member to Norway, the Netherlands and Germany for five days from 13. Sept.

Using the German system as model

Such lobbying is unusual. Those three European countries already introduced an environmental tax system in the 1990s and the Japanese government is going to use the German system as its model since the German government is using a portion of the environmental tax revenue to pay for social security.

However, businesses have not changed their opposition to the environmental tax. Tetsuji Kitta, director of Environmental Technology of the Japan Federation of Economic Organizations said, "The level of energy effectiveness of Japanese corporations is one of the highest in the world. If an environmental tax is introduced, Japanese corporations will be encouraged to move their ineffective production plants overseas, which will

make the global warming problem worse. Also, the government has not explained the 150 billion yen use for social security. We have no idea how the money will be used for business corporations."

<http://www.japantoday.com/e/?content=shukan&id=255>

4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

FÖS und e5 diskutieren mit Unternehmern und Abgeordneten

[Pressemitteilung FÖS und e5, 22.10.2004] Am 21. Oktober trafen sich die Vorstände des Fördervereins Ökologische Steuerreform und des European Business Council for Sustainable Energy (e5) zusammen mit Unternehmensvertretern und Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu einem Gedankenaustausch über die Ökologische Steuerreform. Gastgeber war die Deutsche Bahn AG.

Anlass waren die bevorstehenden Entscheidungen der Koalition über die Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass die Ökologische Steuerreform wirksame marktwirtschaftliche Anreize für den Klimaschutz und effizientes Wirtschaften gebe.

Sebastian Gallehr, Chief Executive Director von e5: "Unsere Unternehmen stellen sich der Herausforderung Klimaschutz. Sie erwarten von der Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen. Bei der Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform sollen Wettbewerbsverzerrungen und Subventionen weiter abgebaut werden."

Die Deutsche Bahn AG kritisierte die Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Bahn. Der Luft- und Schiffsverkehr seien vollkommen von der Mineralölsteuer befreit, während die Bahn Stromsteuer und Mineralölsteuer zahlen müsse. Die Teilnehmer forderten die Abgeordneten auf, die Steuerbegünstigungen für den Flugverkehr schrittweise aufzuheben: Eine Kerosinsteuer auf inländische Flugverbindungen könne dabei auch den Weg für ein koordiniertes Vorgehen mit europäischen Nachbarstaaten ebnen.

Kai Schlegelmilch, stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform: "Die Ökologische Steuerreform ist ein Erfolgs-

modell. In den ersten fünf Jahren konnte der Kraftstoffverbrauch um zehn Prozent gesenkt werden. Die Lohnnebenkosten wären heute ohne die Ökologische Steuerreform um 1,7 Prozentpunkte höher. Wir erwarten von der Koalition noch in diesem Jahr konkrete Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform."

Die Teilnehmer des Gespräches verständigten sich darauf, den Dialog über die Ausgestaltung der ökologischen Finanzreform fortzusetzen.

FÖS trifft UnternehmensGrün

[Kai Schlegelmilch, 01.10.04] Am 30. September 2004 traf der FÖS-Vorstand mit dem Vorstand der ökologisch orientierten Unternehmensvereinigung UnternehmensGrün zusammen. Im Rahmen der für diesen Herbst seitens des FÖS anberaumten Lobbygespräche suchte man nach Gemeinsamkeiten zur Ökologischen Steuerreform. Erfreulicherweise fanden sich diese in kürzester Zeit und sehr angenehmer Atmosphäre. Beide Vorstände waren sich einig, dass die ÖSR auch ab 2005 fortgeführt werden müsse, um die langfristig richtigen Anreize zu setzen. Es wurden verschiedene konkrete Ansätze auf der Basis des von UnternehmensGrün gelobten FÖS-Memorandum 2004 „Umsteuern“ diskutiert. Dabei standen die CO₂-Basierung der Kfz-Steuer, die Angleichung der Steuer für privat genutzten Diesel an die 18 Cent/Liter höhere Benzinsteuer, die Einführung einer nationalen Kerosinsteuer sowie die Umsetzung der EU-Energiesteuer-Richtlinie im Vordergrund. Darüber hinaus herrschte große Übereinstimmung zu der Einschätzung, dass im Strom- und Wärmebereich ökologisch die größten Wirkungen erreicht würden, wenn das zusätzliche Aufkommen in ein energetisches Altbausanierungsprogramm auf Zuschussbasis und z.B. einen Energieeffizienzfonds fließen würde. Zudem

dürfte dies die Durchsetzung und Akzeptanz von höheren Abgaben in diesem Bereich erleichtern bzw. erhöhen.

Konkret wurde verabredet, dass die Unternehmen von UnternehmensGrün gebeten werden, eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen, die der Öffentlichkeit werbewirksam als Unterstützerliste seitens der Wirtschaft präsentiert werden kann. Damit sollten auch gerade bei PolitikerInnen Widerstände verringert werden.

Zudem könnten sich auf der für den 16.11.2004 seitens des Umweltbundesamtes anberaumten Konferenz in Berlin zu den „Gewinnern der Ökologischen Steuerreform“ Synergien ergeben. Einzelne Unternehmer äußerten Interesse, hieran teilzunehmen und aufzuzeigen, wie sie dank der Ökologischen Steuerreform profitiert hätten. Diese Botschaft wurde als sehr wichtig erachtet, weil sonst – dank der Propaganda der großen Wirtschaftsverbände – allgemein in der Öffentlichkeit der Eindruck sei, die Ökosteuer vertreibe die Unternehmen ins Ausland, Jobs würden vernichtet und daher sei die Ökosteuer des Teufels. Dass das Gegenteil der Fall ist, hatte bereits die äußerst erfolgreiche deutsch-britische Konferenz zu Ökosteuern aus Unternehmersicht am 25.6.2004 gezeigt. Dazu ist kürzlich auch der Konferenzbericht erschienen:
<http://www.oekosteuer.de/3aktuelles/index.html>.

Der FÖS legte dar, dass seine Gründung vor zehn Jahre gerade auch mit der Intention erfolgt sei, UnternehmerInnen für die ÖSR zu gewinnen. Insofern warb der FÖS auch um Unterstützung und Mitgliedschaft in seiner Vereinigung. Zumal der FÖS als tolle Serviceleistung den Bezug eines deutsch- und eines englischsprachigen Newsletters per Email mit vielen Infos zur ÖSR in Deutschland und dem Rest der Welt bietet. Auch eine weltweite Datenbank mit ReferentInnen zur ÖSR stellt der FÖS auf seiner Homepage zur Verfügung. Daneben gibt es dort zahlreiche Informationen zum Thema und zum Beispiel auch Vortragsfolien.

Das hervorragend gelungene Auftakttreffen von FÖS und UnternehmensGrün sollte der Grundstein für eine langfristig gute Zusammenarbeit sein.

FÖS-Memorandum 2004 im Wuppertal Bulletin

[Wuppertal-Bulletin, 2-2004] Das neue Memorandum des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS) „UMSTEUERN 2004“ kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Zum einen verstärken die steigenden Ölpreise und die durch den Klimawandel angeheizte Zunahme von Naturkatastrophen die Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“ und zum anderen wird in diesem Jahr laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung über die Weiterentwicklung eines der erfolgreichsten klimapolitischen Instrumente – der Ökologisch-Sozialen Steuerreform – entschieden. Der FÖS zieht daher nicht nur eine Bilanz der bisher schon erreichten, beeindruckenden Erfolge – z.B. den Rückgang des Kraftstoffverbrauchs oder die rechnerische Senkung der Lohnnebenkosten um 1,7 Prozentpunkte – sondern erweitert auch seine Forderungen um eine längst überfällige Ökologische Finanzreform, die die bestehenden umweltschädlichen Subventionen insbesondere für Flugbenzin, Kohle und Diesel endlich streicht und zurückführt.

Gleichzeitig zeigt der FÖS bei der Verwendung der jährlichen Ökosteuererträge in Höhe von rund 19 Mrd. Euro neue Wege auf. Er weist nach, dass die alte Forderung, die versicherungsfremden Leistungen in der Rentenversicherung durch die Ökosteuer abzudecken, bereits erfüllt ist. Zusätzliche Einnahmen sollten daher für andere Entlastungen des Faktors Arbeit verwendet werden. Außerdem empfiehlt der FÖS kurzfristig bis zu zehn Prozent der Erträge für Umweltprojekte zu verwenden, um für die Ökosteuer eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Das Memorandum „UMSTEUERN 2004“ untermauert damit die Notwendigkeit einer umfassenden Ökologischen Steuer- und Finanzreform, und liefert dabei auch einen Beitrag zur Debatte um einen grundsätzlichen Umbau der Sozialversicherungs- und Steuersysteme.

Das mit vielen Schaubildern ansprechend gestaltete und allgemeinverständlich formulierte Memorandum steht unter www.foes.de als kostenloses Download zur Verfügung oder ist als einfarbige Druckfassung gegen eine empfohlene Spende von 5 Euro in der FÖS-Geschäftsstelle Landsberger Straße 191 · 80687 München (Fon 089-520 113-

13, Fax -14 · foes@foes.de) erhältlich.

Das ganze Wuppertal-Bulletin unter <http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin/>

BMF: Ökologische Steuerreform erfolgreich – Fortsetzung paradoxaerweise fraglich

[FÖS] Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat im Oktober 2004 eine Bilanz zu den Erfahrungen mit der Ökologischen Steuerreform vorgelegt. Dies war grundsätzlich erforderlich, nachdem in der Koalitionsvereinbarung eine Überprüfung und eine Entscheidung über eine mögliche Fortführung der ÖSR vereinbart worden war. Es kommt darin zu einem positiven Fazit, weil die beiden Ziele, Senkung des Energieverbrauchs, und Senkung und Stabilisierung der Lohnnebenkosten zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, erreicht worden sind. Man sollte meinen, dass eine solche Erfolgsbilanz getreu dem Motto "Never change a winning horse" auch zu einer Weiterentwicklung der ÖSR ab 2005 führt. Um so verwunderlicher ist das Fazit des BMF: "Angesichts der geltenden Marktbedingungen ist allerdings der Handlungsspielraum bei der Regelbesteuerung für Deutschland mittlerweile ausgeschöpft". Diese Paradoxie ist zwar teils vor dem Hintergrund kürzlich gestiegener Energiepreise nachvollziehbar. Aber schon über mehrere Jahrzehnte betrachtet zeigt sich, dass die Energiepreise real verfallen sind. Auch sind z.B. die Heizölsteuern in Deutschland im unteren Drittel der EU. Es gibt also durchaus noch Spielräume. Die Entscheidung über eine mögliche Weiterentwicklung ist mit der Vorlage des Berichts entgegen des Anscheins also noch nicht gefallen. Die Zeit schwindet jedoch, um im Jahr 2004 noch das Gesetzgebungsverfahren zu durchlaufen.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuern/Grundlagen-734.5237/Artikel/index.htm>

CSU setzt auf alternative Energien: Umweltausschuss fordert Partei zum Umdenken auf

[Peter Schmidt, Süddeutsche Zeitung, 13.09.04]
Die Erfolge der Grünen bei den vergangenen

Länderwahlen drücken der CSU zunehmend auf das Gemüt. Bei der Landesversammlung des CSU-Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung, der meist ein von der Parteispitze weitgehend unbeachtetes Dasein führt, kündigten Generalsekretär Markus Söder und der Bayerische Umweltminister Werner Schnappauf am Wochenende eine neue Offensive der CSU in der Umweltpolitik an. Zwar wird Bayern an der Atomenergie festhalten, weil es gegenwärtig dazu keine Alternative gebe, wie Schnappauf und Söder betonten, doch sollen erneuerbare Energien und der Klimaschutz ganz in den Vordergrund rücken.

Nach Schnappaufs Worten kann es die CSU nicht länger hinnehmen, dass nur die SPD für die Arbeit der Bundesregierung reihum abgestraft werde, während die für diese Politik mitverantwortlichen Grünen offenbar wegen der ihr zugebilligten hohen Kompetenz in der Umweltpolitik in der Wählergunst ständig zulegen. Die CSU dürfte sich aber auf dem eigentlich konservativen Feld der Umweltpolitik nicht in die Defensive drängen lassen. „Wir müssen deutlich machen, dass wir die Partei der Zukunftsvorsorge schlechthin sind“, sagte Schnappauf. Zu einem Klimagipfel der Partei im Oktober in München kündigte er konkrete Vorschläge zum Ausbau von Biomasse, zur Nutzung der Erdwärme und der Förderung der Wasserstofftechnologie an.

Der Vorsitzende des Umweltausschusses, Josef Göppel, sieht in der energetischen Sanierung der Altbausubstanz Möglichkeiten, den Energieverbrauch deutlich zu verringern und damit den Ausstoß des für die weltweite Klimaerwärmung verantwortlichen Kohlendioxids zu senken. Die Partei müsse jetzt ihr Umweltprogramm von 2003 konsequent umsetzen. Nur mit einer ständigen Beschimpfung alles dessen, was von Rot-Grün falsch gemacht werde, komme die CSU auf diesem Feld nicht weiter, sagte der Bundestagsabgeordnete.

Den Wählern wolle man deutlich machen, dass für die CSU Umweltpolitik eine ethisch-moralische Angelegenheit sei und nicht wie bei den Grünen aus taktischen Gründen betrieben werde, meinte Söder. Im Frühjahr sei ein Umweltkongress in München geplant. Die gesamte Partei, so der Generalsekretär, müsse das Thema Umweltpolitik und Klimaschutz zu einem Kernthema des

Wahlkampfes 2006 machen, wenn die jetzige Bundesregierung abgelöst werden sollte.

Unterdessen wies die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Margarete Bause die angekündigte umweltpolitische Offensive der CSU als „durchsichtiges Manöver“ zurück. Es sei überfällig, wenn die Partei jetzt endlich ihr ökologisches Gewissen entdecke, sagte sie in einem Interview mit der Agentur ddp. Die Praxis der Staatsregierung zeige aber, dass bei ihr immer noch der kurzfristige wirtschaftliche Profit mehr zähle als ökologische Nachhaltigkeit.

Grüne Jugend erklärt Ökosteuer zum zentralen Zukunftsprojekt

[Christian Meyer, 15.11.2004] Auf dem Bundeskongress des Jugendverbandes von Bündnis 90/Die Grünen am 12.-14. November wurde die Ökologische Steuerreform zu einem der wichtigsten Reformprojekte für die Bundesregierung erklärt. Im Beschluss „Nachsitzen dringend nötig!“ zur rot-grünen Halbzeitbilanz beklagen die jungen Grünen vor allem den fehlenden Schwung und Mut bei der Ökologischen Erneuerung.

Beschluss: Weiter ökologisch steuern!

Noch in diesem Jahr soll laut Rot-Grünem Koalitionsvertrag über die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform entschieden werden. Im Gegensatz zur Tankstellenpropaganda von CDU und FDP hält die GRÜNE JUGEND die Ökologische Steuerreform für ein Erfolgsmodell. Sie brachte eine doppelte Dividende für Umwelt und Wirtschaft. Der Kraftstoffverbrauch ging in vier aufeinanderfolgenden Jahren - erstmals seit den 50igern Jahren - um mehrere Prozentpunkte zurück, die CO₂-Emissionen sanken durch die Ökosteuer um 4-6 Prozent und die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Verkehr stiegen entgegen dem bisherigen Trend deutlich an. Das zeigt: die Ökosteuer wirkt für die Umwelt und fördert erneuerbare, effiziente und sparsame Technologien. Gleichzeitig wurden durch die Aufkommensneutralität die Sozialversicherungsbeiträge für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen um über 17 Mrd. Euro entlastet. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind dadurch bis zu 250.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Auch wurden vor

allem die personalintensiven Branchen um ca. 1 Mrd. Euro netto entlastet. Ohne Ökosteuer wären die Rentenversicherungsbeiträge deutlich über 20 Prozentpunkte gestiegen. Insbesondere die sozial Schwächsten haben durch den geringen Motorisierungsgrad und höhere Heizkostenzuschüsse überproportional profitiert. Gerade angesichts der massiven drängenden Klimaproblematik und langfristig steigender Rohstoffpreise ist eine Strategie "Weg vom Öl!" nötiger denn je. Auch die noch immer sehr hohe Abgabenbelastung kleiner und mittlerer Einkommen macht eine Fortführung der ökologisch-sozialen Steuerreform notwendig. Eine Pause bei der Ökosteuer darf es daher nicht geben. Die GRÜNE JUGEND fordert die Grüne Bundestagsfraktion und Bundesvorstand auf, noch in diesem Jahr nachdrücklich für die Weiterentwicklung der Ökologisch-Sozialen Steuerreform einzutreten. Dabei darf es nicht bei kosmetischen Änderungen bleiben:

- Der Skandal, dass ausgerechnet der besonders umweltschädliche Flugverkehr zahlreiche Steuervorteile genießt, besteht fort. Durch die neue EU-Energierichtlinie besteht nun mehr denn je die Möglichkeit, eine Kerosinbesteuerung bilateral oder sogar national durchzuführen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Chance schnellstmöglich - nach Möglichkeit gemeinsam mit anderen Ländern wie Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden - zu nutzen.
- Während die Bahn Mehrwertsteuer zahlt, sind Flugtickets von der Mehrwertsteuer befreit. Wir fordern, zukünftig auf Flugtickets Mehrwertsteuer zu erheben und damit eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Bahntickets gegenzufinanzieren. Dadurch wird die Wettbewerbsverzerrung zwischen Bahn und Flugverkehr teilweise aufgehoben und Anreize für ökologisch verträgliche Mobilität gesetzt.
- Gerade beim Strom und beim Heizen sind noch erhebliche Einsparpotentiale zu realisieren. Die GRÜNE JUGEND fordert daher eine stetig ansteigende Weiterführung der Ökosteuern auf Strom, Öl und Gas. Die Einnahmen sollen zumindest teilweise in die energetische Gebäudesanierung fließen, was Umwelt schützt, sozial ist und Arbeitsplätze schafft.
- Gerade bei Dieselfahrzeugen besteht im Vergleich zu ihrer Umweltbelastung (Ruß, CO₂-Aus-

stoß etc.) eine Ungleichbehandlung zu Benzinern. Wir wollen den Steuersatz auf Diesel möglichst schnell an den auf Normalbenzin angleichen. Die Anhebung sollte jetzt beschlossen werden, jedoch erst in einigen Jahren greifen, damit diejenigen, die sich aus ökologischen und ökonomischen Erwägungen in den letzten Jahren ein sparsameres Dieselfahrzeug gekauft haben, nun nicht "abkassiert" werden.

- Die reduzierten Energiesteuersätze für das produzierende Gewerbe sind schrittweise abzubauen.
- Auch in der Landwirtschaft und im Abfallbereich sollen verursacherInnen gerechte Ökosteuern aufkommensneutral eingeführt werden
- Umweltschädliche Subventionen wie die Ei-

genheimzulage, die Entfernungspauschale und überdimensionierte Straßenbauprojekte müssen gestrichen werden.

- Mittelfristig müssen auch die Steuersätze der Ökosteuer angehoben werden. Auch hier halten wir ein Verfahren für sinnvoll, das die Sätze nicht sofort anhebt, jedoch schon jetzt eine Anhebung in den nächsten Jahren festlegt. Dies macht die Ökosteuer verlässlich und vergrößert deren ökologische Lenkwirkung.

Der vollständige Beschluss und weitere Pressemitteilungen zum Thema unter <http://www.gruene-jugend.de/show/58552.html>

5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

BUND legt Plan zur Weiterführung der ökologischen Finanzreform vor

[Pressemitteilung, Berlin, 04.11.2004] Um die Umwelt zu entlasten, ökologisch schädliche Subventionen abzubauen und die Lohnnebenkosten zu senken hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Plan zur Weiterführung der ökologischen Finanzreform vorgelegt. Der Vorschlag beinhaltet die Überarbeitung der Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe, die Einführung einer Kerosinsteuer für inländische Flüge und die Angleichung der Diesel-Mineralölsteuer an die Steuer für Normalbenzin.

Die um 18 Cent pro Liter geringere Steuer für Diesel-PKW müsse schrittweise an die Steuer für Normalbenzin angeglichen werden. Sobald die LKW-Maut eingeführt sei, könne die Dieselsteuer für den gewerblichen und den privaten Verbrauch differenziert werden. Gleichzeitig solle die KFZ-Steuer reformiert und künftig nach dem Kohlendioxid- und Schadstoffausstoß festgelegt werden.

Die seit Januar 2004 gültige neue EU-Energiesteuerrichtlinie ermögliche zudem erstmals die Einführung einer Kerosinsteuer. Die derzeitige Steuerbefreiung subventioniere das klimaschäd-

lichste Verkehrsmittel Flugzeug jährlich mit 373 Millionen Euro. SPD und Grüne könnten eine entsprechende Änderung im Mineralölsteuergesetz ohne Zustimmung des Bundesrates umsetzen.

In Zukunft solle ein Teil der zusätzlichen Ökosteuererinnahmen für Klimaschutzprogramme genutzt werden. Mit Ökosteuer-Stufen von einem halben Cent je Kilowattstunde bei der Stromsteuer und einem Cent je Liter bei fossilen Heizstoffen könne die Altbausanierung und die effiziente Stromnutzung mehr Schub bekommen. Insgesamt sei die Bilanz der ersten fünf Ökosteuer-Stufen positiv. Um durchschnittlich zwei Prozent sei der Kraftstoffverbrauch zwischen 1999 und 2003 jeweils im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die Festlegung weiterer Ökosteuer-Schritte sei geboten. Eine angesichts hoher Rohölpreise vertretbare Pause bei der Erhöhung der Mineralölsteuer dürfe nicht zum Stillstand der gesamten ökologischen Steuerreform führen. Deutschland könne sich nur aus der Abhängigkeit vom Rohöl befreien, wenn die Bundesregierung die Anreize zum Energiesparen verbessere.

Angelika Zahrt, BUND-Vorsitzende: „Die ökologische Steuerreform ist ein Erfolgsmodell. Sie entlastet die Umwelt, schafft neue Arbeitsplätze und senkt die Lohnnebenkosten. Sie hat noch Schwächen, aber es lohnt sich, sie zu verbessern

und fortzuführen. Der Klimaschutz verträgt keine Pause, es geht darum, neue energieeffiziente Innovationen anzustoßen. Die rot-grüne Koalition muss Weitblick beweisen und die ökologische Finanzreform noch in diesem Jahr weiter entwickeln.“

Ein BUND-Hintergrundpapier dazu im Internet unter:

<http://www.oeko-steuer.de/downloads/oekosteuer-fortfuehren.pdf>

BUND für höhere Steuern auf Strom und Heizstoffe

[ddp, 17.11.2004] Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) fordert eine Erhöhung der Steuern auf Strom und Heizstoffe. Die zusätzlichen Einnahmen sollten gezielt zur Förderung der Altbausanierung und anderer Energieeinsparungen eingesetzt werden, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt am Mittwoch in Berlin. In diesem Bereich seien die Potenziale für Klimaschutz besonders hoch. Zusätzlich schaffe ein solches Programm Arbeitsplätze im Handwerk, fügte Zahrt hinzu.

Wenn die Bundesregierung mit solchen Maßnahmen konsequent auf ein ökologisches Wirtschaftsprogramm setze, könnten damit bis 2010 unter dem Strich eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, rechnete Zahrt vor. Bereits jetzt gebe der Umwelt- und Naturschutz 1,5 Millionen Menschen in Deutschland Arbeit. Neben 300 000 Arbeitsplätzen im Bereich Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen könnten 200 000 Stellen durch eine nachhaltige Verkehrspolitik entstehen.

BUND will höhere Ökosteuer: Regierung setzt zur Rettung des Waldes auf die Lkw-Maut

[Anke Springe, Berliner-Zeitung, 09.11.04]. Angesichts der dramatischen Verschlechterung des Zustands der Wälder in Deutschland hat der Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland (BUND) eine Erhöhung der Ökosteuer gefordert. "Wenn der Wald stirbt, ist das den Unternehmern doch betriebswirtschaftlich egal", sagte der Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wald Helmut

Klein der Berliner Zeitung. Die Ökosteuer sei noch zu niedrig und solle stufenweise jährlich weiter erhöht werden, "bis es knirscht", sagte Klein. Hauptursache des schlechten Waldzustandes seien die intensive Landwirtschaft, aber vor allem auch der hohe Schadstoffausstoß durch Lkw. "Wir haben rollende Warenlager auf der Autobahn", sagte Klein. Allein über den Brenner-Pass in den Alpen würden jährlich 30 Millionen Tonnen Waren transportiert. Butter oder Bier müssten aber nicht durch ganz Europa gefahren werden, sagte Klein.

"Ich hoffe, dass die Maut schnell greift, damit der Lkw-Verkehr finanziell stärker belastet wird", sagte der Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium Matthias Berninger der Berliner Zeitung. Eine Erhöhung der Ökosteuer lehnte der Grünen-Politiker jedoch ab. "Unser Benzinpreis ist so hoch, dass er schon eine Steuerwirkung hat", sagte Berninger. Außerdem solle künftig der Einsatz von Biotreibstoffen stärker gefördert werden, um den Ausstoß von Schadstoffen zu reduzieren.

Um die Schäden durch die Landwirtschaft etwas einzudämmen, dürfe Stallbau nur noch unterstützt werden, wenn die Tiere auch auf einer angemessenen Fläche gehalten werden könnten. "Wir schützen den Wald aber auch, indem wir ihn nutzen", sagte Berninger. Die Fichte habe sich als sehr schädlingsanfällig erwiesen und müsse deshalb abgeholzt und durch andere Bäume ersetzt werden.

So krank wie lange nicht

Am Wochenende hatte Bundesagrarministerin Renate Künast (Grüne) mitgeteilt, dass der deutsche Wald so krank wie lange nicht mehr sei. Vor allem Buchen gehe es schlecht. Über die Hälfte der Bäume, bei den älteren sogar 65 Prozent wiesen deutlichen Blätterverlust an den Kronen auf. Die extreme Trockenheit des Jahres 2003 habe den Bäumen stark zugesetzt. Schadstoffe und Insektenplagen hätten das Problem noch vergrößert. "Es muss damit gerechnet werden, dass es vermutlich mehrere Jahre dauern wird, bis der Kronenzustand auf das ursprüngliche Ausgangsniveau der letzten Jahre zurückfindet." Diese setze jedoch voraus, dass es nicht zu erneuten Stresssituationen für die Wälder komme. Dazu zählen etwa Hitze, Trockenheit und Ozon.

Bahn und Umweltverbände: Steuerliche Ungleichbehandlung zwischen Flugverkehr und Schiene beenden

[BUND, 08.09.2004] Die großen Umweltverbände BUND, NABU, VCD und WWF und die Deutsche Bahn haben eine Harmonisierung der Energiebesteuerung von Flugzeug und Schiene im geplanten Energiesteuergesetz eingefordert. Nach einem Spitzengespräch in Frankfurt am Main erklärten die Teilnehmer, die völlige Freistellung des Luftverkehrs von der Mineralöl- und Ökosteuern stelle eine wachsende Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der umweltfreundlichen Bahn dar.

Während die Bahn ihre spezifischen Kohlendioxid-(CO₂-)Emissionen seit 1990 bereits um ein Viertel gesenkt und im Frühjahr das neue Klimaschutzprogramm 2020 vorgestellt hat, haben allein die so genannten Billigflieger nach Schätzungen der Bahn im vergangenen Jahr im inländischen Verkehr fast 600.000 Tonnen CO₂ in die Atmosphäre abgegeben.

Nach Ansicht von Umweltverbänden und Bahn sollten die Kosten für Mobilität auch die ökologischen Faktoren berücksichtigen. Insbesondere die niedrigen Preise der Billigflieger werden durch die ungleiche steuerliche Behandlung der Verkehrsträger erst möglich. Auf der Verbindung von Berlin nach Köln und zurück entspricht die Entlastung des Flugtickets von Mineralöl- und Ökosteuern einem Preisvorteil von 46 Euro. Der Vorsitzende des Verkehrsclub Deutschland (VCD), Michael Gehrman: „Da gibt es viele Verlierer: die Umwelt, den Staatshaushalt, die anderen Verkehrsträger – allen voran die Bahn – und schließlich die verkehrspolitische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Damit wird die seit Jahrzehnten propagierte Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene ins Gegenteil verkehrt.“

Bahnchef Hartmut Mehdorn bestätigte, dass die von der Bahn im Vertrauen auf die politischen Verlagerungsziele getätigten milliardenschweren Investitionen in den Fernverkehr durch die andauernde steuerliche Wettbewerbsverzerrung belastet werden. Die Mineralölsteuerbefreiung des Luftverkehrs verschärft den Preiswettbewerb für die Bahn und bedeutet im Übrigen für den Etat des Bundes einen jährlichen Ausfall von rund 400 Millionen Euro. Mehdorn: „Nachhaltige Mobili-

tätspolitik muss für faire Rahmenbedingungen zwischen den Verkehrsträgern sorgen.“

In der Koalitionsvereinbarung von 2002 hatten die Regierungsparteien erklärt, sich für die Einführung der Kerosinbesteuerung einzusetzen. Die neue EU-Energiesteuerrichtlinie, die jetzt in nationales Recht umgesetzt werden muss, enthält erstmals eine eindeutige Erlaubnis für den nationalen Gesetzgeber, inländische Luftverkehre zu besteuern. Diese Chance müsse endlich genutzt werden.

BUND stellt Bund schlechtes Zeugnis bei Umweltpolitik aus

[Pressemitteilung, Berlin, 14. Oktober 2004] Nach der Hälfte der Legislaturperiode stellt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) der rot-grünen Bundesregierung ein schlechtes Zwischenzeugnis in der Umweltpolitik aus. Es sei nicht mehr möglich, in den kommenden zwei Jahren alles zu erreichen, was sich die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung vorgenommen hat, kritisierte BUND-Geschäftsführer Gerhard Timm am Donnerstag in Berlin. Die zweite Hälfte der Wahlperiode müsse unter das Motto «Neue Arbeitsplätze durch ökologische Innovationen» gestellt werden, forderte Timm. Die Fortführung der ökologischen Finanzreform und die Neuauflage des Klimaschutzprogramms müssten dabei Priorität haben. Auch der Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien müsse weiter erhöht werden. Darüber hinaus forderte der BUND ein Energieeffizienzprogramm und den Ausbau der Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung. Das erklärte Klimaschutzziel einer CO₂-Reduzierung um 25 Prozent gegenüber 1990 sei bis 2005 nicht mehr erreichbar. Die Bundesregierung müsse sich an diesen «quantifizierbaren Zielen» messen lassen und erklären, warum sie nicht erreicht werden könnten, anstatt das Thema unter den Tisch fallen zu lassen, bemängelte Timm. Auch die Nachhaltigkeitsstrategie ziehe sich noch nicht durch alle politischen Bereiche, wie von Rot-Grün versprochen. Ferner forderte der BUND eine Kerosinsteuer für Inlandsflüge. Auch der Neubau von Straßen müsse gestoppt und stattdessen die bestehende Verkehrsinfrastruktur gepflegt werden, forderte Timm.

Die Zwischenbilanz im Detail:
http://www.bund.net/lab/reddot2/aktuell_presse-

[mitteilungen_3998.htm](#)

6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

Trittin begrüßt Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls

[Pressemitteilung Bundesumweltministerium, 18.11.2004] Russland hat heute UN-Generalsekretär Kofi Annan die Ratifizierungsurkunde für das Kyoto-Protokoll übergeben. Das internationale Dokument zum Klimaschutz tritt damit am 16. Februar 2005 in Kraft. Bundesumweltminister Jürgen Trittin begrüßte diesen Schritt als Meilenstein des internationalen Umweltvölkerrechts: "Mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls hat die internationale Gemeinschaft gezeigt, dass sie den Herausforderungen des fortschreitenden Klimawandels mit multilateralem Handeln entgegentritt. Erstmals hat sie eine Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen rechtsverbindlich festgelegt", so Trittin. Weitere Schritte müssten nun folgen.

Das Kyoto-Protokoll verpflichtet die Industrieländer insgesamt, ihren Treibhausgas-Ausstoß im Zeitraum 2008 bis 2012 um 5 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Deutschland hat sich innerhalb der EU dazu verpflichtet, seine Emissionen in diesem Zeitraum um 21 Prozent zu senken. 19 Prozentpunkte sind bereits erreicht.

Mit Russland haben 128 Länder das Protokoll ratifiziert, die 61,6 Prozent der Emissionen der Industrieländer auf sich vereinigen. Mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls wird die internationale Klimapolitik einen Schub nach vorne erhalten. Dies ist angesichts des mit großer Geschwindigkeit fortschreitenden Klimawandels dringend erforderlich. Die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll sind dabei nur der erste Schritt. Für die anstehenden Verhandlungen zur Weiterentwicklung des Protokolls für die Zeit nach 2012 wird es darum gehen, die USA wieder in den multilateralen Prozess der Klimaverhandlungen zu integrieren und weitere Schritte zur Reduktion von Treibhausgasen zu vereinbaren. In diese Schritte sind auch Entwicklungsländer einzubeziehen.

Trittin: "Deutschland wird auch in den nun anstehenden Verhandlungen seine Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz wahrnehmen. Deshalb haben wir uns mittelfristig zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu reduzieren, wenn die EU sich auf ein Minderungsziel von 30 Prozent verständigt."

Stolpe macht mehr Schulden als Eichel – Straßenverkehr kostet jährlich 130 Mrd Euro

[Allianz pro Schiene, 06.10.04] Die Folgekosten des Straßenverkehrs sind dreimal höher als die Neuverschuldung in Rekordhöhe von Finanzminister Eichel. 130 Milliarden Euro Gesundheits- und Umweltkosten wälzen LKW- und Autofahrer in Deutschland Jahr für Jahr auf die Gesellschaft und auf nachfolgende Generationen ab, wie eine heute veröffentlichte Studie von IWW / Infrast über die Kosten des Verkehrs belegt.

"Der wachsende LKW-Verkehr häuft Schuldenberge an, die unsere Kinder bezahlen müssen", kommentierte der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene Dirk Flege die Studie. "Stolpe ist ein größerer Schuldenmacher als Eichel, denn er unternimmt nichts gegen die LKW-Kolonnen auf unseren Straßen." Die Bundesregierung müsse deshalb endlich mehr LKW auf den umweltfreundlichen und sicheren Schienenverkehr verlagern, so Flege. Jeder Euro, den der Staat in die Verlagerung auf die Schiene investiert, spart nach Angaben der EU-Kommission 15 Euro an Gesundheits- und Umweltkosten.

Die heute in Brüssel vorgestellte Studie der Forschungsinstitute IWW und Infrast bestätigt dies mit aktuellen Berechnungen der Gesundheits- und Umweltkosten des Verkehrs in Westeuropa: LKW richten im Durchschnitt fünfmal mehr Schäden an als der Schienenverkehr, PKW dreimal soviel. Dabei handelt es sich um Gesundheits- und Umweltschäden, deren Kosten nicht von den Verursachern bezahlt werden, sondern von der Allge-

meinheit, etwa über Krankenkassenbeiträge und Steuern. Die von der Gesellschaft zu bezahlenden Folgekosten im Einzelnen: Während im Schienengüterverkehr pro 1000 Tonnenkilometer (beförderte Tonnen mal Entfernung) durchschnittlich nur 17,9 Euro anfallen, kosten LKW 87,8 Euro bei gleicher Verkehrsleistung. Im Personenverkehr fallen bei den Bahnen 22,9 Euro pro 1000 Personenkilometer (beförderte Personen mal Entfernung) im Durchschnitt an, PKW schlagen dagegen mit 76 Euro volkswirtschaftlich zu Buche. Für die EU ohne Beitrittsländer betragen die Gesundheits- und Umweltkosten des Verkehrs laut Studie 650 Milliarden Euro. Damit vernichten sie über 7 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) der EU. Mit Staukosten summiert sich die Wertvernichtung auf 10 Prozent. Die Folgekosten des Verkehrs sind im Zeitraum von 1995 bis 2000 um 12 Prozent gestiegen, was die Autoren der Studie auf das Wachstum des Straßen- und Flugverkehrs zurückführen. Der größte Kostentreiber ist der Straßenverkehr: 83 Prozent der Gesundheits- und Umweltkosten des Verkehrs gehen auf das Konto des Straßenverkehrs, 14 Prozent verursacht der Luftverkehr und 2 Prozent der Schienenverkehr. Für Deutschland errechneten die Wissenschaftler von IWW und Infras Folgekosten des Verkehrs von 150 Milliarden Euro, davon entfallen 130 Mrd auf den Straßenverkehr. Die Kosten, die der Verkehr auf die Gesellschaft abwälzt, setzen sich nach den Ergebnissen der Studie vor allem aus Umwelt- und Gesundheitsschäden durch den Klimawandel (30 Prozent), durch Luftverschmutzung (27 Prozent) sowie Unfallkosten (24 Prozent) zusammen.

Die Studie "Externe Kosten des Verkehrs" finden Sie unter www.allianz-pro-schiene.de

Bahn frei für Mehrwertsteuersenkung bei Bahntickets

[Presseinformation, Ministerium für Umwelt, 5. November 2004] Auf Initiative des schleswig-holsteinischen Umwelt- und Landwirtschaftsministers Klaus Müller hat sich die Umweltministerkonferenz am 5. November für eine Senkung der Mehrwertsteuer für die Bahn von 16 auf sieben Prozent ausgesprochen. Müller dazu im hessischen Niederhausen: „Wenn die Ermäßigung kommt, muss sie eins zu eins über Fahrpreissen-

kungen an die Kunden weitergegeben werden.“ Der Beschluss wurde einvernehmlich gefasst.

Gleichzeitig sprachen sich die Umweltminister dafür aus, europaweit die Steuerbefreiung für Kerosin aufzuheben. Die Steuerbefreiung sei eine Wettbewerbsverzerrung – so Müller - die vor allem den Bahnverkehr belaste: „Flugzeuge sind und bleiben die klimaschädlichsten Verkehrsträger. Durch die Steuerbefreiung von Kerosin werden Flüge gegenüber der Bahn subventioniert. Das kann nicht im gesellschaftlichen Interesse sein.“ Minister Müller ging der einvernehmliche Beschluss nicht weit genug. „Als einer der führenden europäischen Staaten hat Deutschland eine besondere Verantwortung, wir sollten unsere ‚Führungsrolle‘ im Klimaschutz nicht aufgeben, und auch bei der Besteuerung von Kerosin eine Vorreiterrolle übernehmen.“

Köhler warnt vor Nachlassen bei Umweltschutz

[Yahoo, 31.10.04] Bundespräsident Horst Köhler hat davor gewarnt, angesichts von Wirtschaftslaute und Massenarbeitslosigkeit den Umweltschutz zu vernachlässigen. Es gebe Stimmen, die angesichts des globalen Wettbewerbs den Umweltschutz als Belastung für den Standort Deutschland bezeichneten, sagte Köhler bei der Verleihung des Deutschen Umweltpreises am Sonntag in Mainz: «Der längst überwunden geglaubte Gegensatz von Ökonomie und Ökologie scheint plötzlich wieder aufzuleben.»

Damit Umweltschutz weiterhin für die Menschen wichtig bleibe, müsse deutlich gemacht werden, was er im Alltag konkret bringe, sagte der Bundespräsident: «Mehr Lebensqualität, aber auch zukunftsfähige Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum, das nicht zu Lasten der Umwelt geht.» Nachhaltigkeit sei «das Konzept der Zukunft». Es gehe bei der Ökologie «nicht um Verzicht, sondern um Gewinn, nicht um Beschränkung, sondern um Verantwortung», betonte Köhler.

Den mit insgesamt 490.000 Euro dotierten Deutschen Umweltpreis 2004 erhielten der Mikrobiologe Garabed Antranikian und der Unternehmer Alfred Heinrich Jung. Den mit 10.000 Euro dotierten Ehrenpreis der Bundesstiftung Umwelt erhielt die Ehefrau von Altbundeskanzler Helmut

Schmidt, Loki Schmidt, für ihren weltweiten Einsatz für bedrohte Pflanzenarten.

Die Bundesstiftung Umwelt erklärte, Loki Schmidt habe seit den 70er Jahren den Natur- und Pflanzenschutz in breiten Kreisen populär gemacht. Als Meilensteine ihrer Arbeit nannte die Stiftung die Gründung des Kuratoriums Natur und Pflanzen 1976 sowie die 1980 gestartete Initiative «Pflanze des Jahres». Die 85-Jährige habe bereits früh auf die Notwendigkeit hingewiesen, Saatgut zu deponieren, um das genetische Erbe der Pflanzenwelt zu erhalten.

Antranikian, Leiter des Instituts für Technische Mikrobiologie an der Universität Hamburg-Hamburg, wurde als Pionier der «weißen» Gentechnik ausgezeichnet. Seit 1980 hat der 53-Jährige nach Angaben der Bundesstiftung zahlreiche Mikroorganismen erforscht, die heute bei der umweltschonenden Produktion von Waschmitteln, Textilien oder Medikamenten eingesetzt werden.

Jungs Unternehmen Jungtec in Pulheim bei Köln hat nach Angaben der Stiftung eine neue umweltfreundliche Anlagendichtung entwickelt. Die mittlerweile weltweit vertriebenen Dichtungen sorgen in Großanlagen dafür, dass die Menge flüchtiger chemischer Verbindungen, die ungewollt austritt, um mehr als 95 Prozent verringert wird. Dadurch werden der Atmosphäre jährlich viele Millionen Kubikmeter schädlicher Emissionen erspart.

«Ökologisches Wirtschaften kann die Produktivität der Natur nutzen», sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) bei der Preisverleihung. Dies gelte insbesondere für die «weiße» Biotechnologie. Trittin rief dazu auf, die Entwicklungschancen neuer Umwelttechniken zu nutzen. Bereits heute seien 120.000 Menschen bundesweit im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Diese Zahl könne deutlich steigen, wenn mehr Länder dem Beispiel Chinas folgten, das bis 2010 insgesamt zehn Prozent seines Energiebedarfs aus regenerativen Quellen decken wolle.

Deutsche Bank will mehr Sonne sehen

[Beate Streng, taz 19.11.04] Die deutsche Bank macht sich stark für den Ausbau regenerativer Energien. Chefvolkswirt Norbert Walter forderte gestern in Berlin: "Wir müssen zu den erneuerba-

ren Energien umsteigen." Anlass für Walters Auftritt war eine Pressekonferenz der Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft. Die Solarwirtschaft fordert von der Bundesregierung eine Unterstützung für Wärme, wie es sie bisher für Ökostrom durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gibt. Im Koalitionsvertrag hat sich Rot-Grün zur Förderung von Wärme aus Sonne, Biomasse und Geothermie verpflichtet.

Deutschland müsse wegen der begrenzten Ressourcen und aus Klimaschutzgründen unabhängiger werden von Öl und Erdgas, sagte Walter. Die Erdölländer seien zudem politisch instabil, ebenso wie der Erdgaslieferant Russland. "Die deutsche Wirtschaft darf ihren Forschungsfortschritt bei den erneuerbaren Energien nicht verlieren", warnte Walter.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) präsentierte eine neue Untersuchung, nach der die Schäden durch eine Klimaerwärmung um ein Grad allein in Deutschland 137 Milliarden Euro bis 2050 betragen. "Wir können uns unterlassenen Klimaschutz nicht leisten", sagte der DIW-Energieexperte Hans-Joachim Ziesing.

Fliegende Klimakiller sollen zahlen

[Beate Streng, taz vom 25.10.04] Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) startet eine Kampagne zur Einführung von Kerosinsteuern für Inlandflüge. Es sei ungerecht, dass die Bahn für ihren Energiebedarf Steuern zahle, der Flugverkehr aber nicht. "Auf Kosten aller Steuerzahler und der Bahnkunden wird so das klimaschädlichste Verkehrsmittel subventioniert", heißt es in einer Erklärung des BUND. 373 Millionen Euro gingen dem Staat jährlich allein durch fehlende Besteuerung der Inlandflüge verloren, rechnet BUND-Pressesprecher Rüdiger Rosendahl vor. Die Umweltschutzorganisation will bei ihrer Kampagne die Bahnkunden als Mitstreiter für Steuergerechtigkeit gewinnen.

Das Umweltbundesamt (UBA) unterstützt die Forderung nach Kerosinbesteuerung für Flüge, die im Inland starten und landen. Ein neue Energiesteuer-Richtlinie der EU ermöglicht es den einzelnen Mitgliedsstaaten, von 2004 an Steuer auf Flugkraftstoff zu erheben - zu einem Mindestsatz von 30,2 Cent pro Liter. "Steuertechnisch ist das

kein Problem", sagt Burghard Huckestein, Verkehrsökonom beim Umweltbundesamt. Je nach Flugzeugklasse ließe sich der Verbrauch einfach errechnen und auf die Tickets umlegen.

Doch das Umweltbundesamt fordert noch mehr: eine Abgabe, die sich nach den Emissionen richtet, eine Art Klimaschutzsteuer. Denn paradoxerweise sind moderne sparsame Düsenjets nicht klimafreundlicher. Sie stoßen mehr Stickoxide aus - hoch wirksame Klimakiller. Auch die Kondensstreifen und die flugbedingten Schleierwolken fördern den Treibhauseffekt, weil die Wärme der Erde schlechter abstrahlen kann. "Bis zu 9 Prozent der vom Menschen verursachten Treibhausemissionen kommen durch den Flugverkehr", sagt Falk Heinen, Geograf und Chemiker in der UBA-Abteilung Umwelt und Verkehr. Die Flugbranche verweise gern darauf, dass Fliegen nur 3 Prozent des CO₂-Ausstoßes ausmache. Das sei aber nur die halbe Wahrheit. So tragen auch Lärm und Bodenschadstoffe dazu bei, dass das Umweltbundesamt Flugzeuge als den umweltfeindlichsten Verkehrsträger betrachtet. Nicht gerechtfertigt sei auch, dass internationale Flüge von der Mehrwertsteuer befreit seien, während grenzüberschreitende Busunternehmen diese Steuer zahlen müssten.

"Für eine Emissionsabgabe auf CO₂ und Stickoxide in Europa stehen die Chancen nicht besonders gut", sagte Verkehrsexperte des Umweltbundesamts, Heinen. Eine "heiße Diskussion" gebe es aber um einen neuen Vorschlag der Briten, den Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Durch die begrenzten Emissionsrechte könne man zwar Zuwächse nicht verhindern, aber die ungehinderte Zunahme des Fliegens kappen.

Vertreter der Flugbranche wiesen Forderungen nach einer Kerosinsteuer oder Emissionsabgabe heftig zurück. Das würde nicht nur der Branche, sondern der gesamten Wirtschaft schaden, sagte Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognose rechnet mit einer Steigerung der Luftfahrt von jährlich 3,5 Prozent bis zum Jahr 2020.

Information zur Bund Kampagne ist unter: <http://www.bund.net/aktionen/steuergerechtigkeit/send.php>

Neues Plädoyer für teure Flugtickets

[Beate Streng, taz vom 26.10.04] Umweltverband BUND startet Kampagne für Kerosinsteuer. Bisher sind die Fluggesellschaften davon freigestellt. Profitieren würden die Kunden der Bahn. Die sollen die Steuerforderung unterstützen. Zuspätkommen bei Rot-Grün hält sich bisher in Grenzen.

Die Bahnkunden am Bahnhof Zoo in Berlin bekamen gestern Besuch von einer Gruppe in weißen T-Shirts. Darauf stand: "Bahn zahlt Steuern - Flugzeug zahlt nix". Mit einem dicken roten Kanister in der Hand und einem aufgeblasenen Plastikflugzeug starteten die Aktivisten des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) ihre Kampagne zur Einführung der Kerosinsteuer für Inlandsflüge ab 2005. Bahnkunden sollen im Rahmen der Aktion eine Ministererklärung unterschreiben, in der sie die Energiesteuern der Bahn zurückfordern oder die Einführung einer Kerosinsteuer verlangen. Die Aktion soll zunächst in zehn Großstädten laufen.

Hintergrund der BUND-Forderung ist, dass der kommerzielle Flugverkehr Steuerprivilegien genießt. Im Gegensatz zu Zügen und Bussen zahlen Flugzeuge keine Mineralölsteuer und auf internationalen Flügen auch keine Mehrwertsteuer. Nach der neuen EU-Energiesteuerrichtlinie ist von 2004 an eine Kerosinsteuer auf nationaler Ebene möglich. Auch können sich EU-Länder bi- oder multilateral untereinander darauf einigen. Bei einer Mineralölsteuer für Kerosin würde ein Hin- und Rückflug von Hamburg nach München 39 Euro mehr kosten, rechnet der BUND vor.

Das Umgehen der nationalen Steuer durch Billigtanken im Ausland, der so genannte Tanktourismus, könne leicht verhindert werden, meinen der BUND und auch das Umweltbundesamt, das die Forderung unterstützt. Anders als beim Auto solle die Steuer nicht beim Tanken anfallen, sondern durch eine relativ genaue Verbrauchsschätzung je nach Flugzeugklasse.

In der Bundesregierung gibt es noch keine Initiative für einen nationalen Alleingang bei der Kerosinsteuer. "Aber die EU-Richtlinie ist nicht vom Himmel gefallen. Rot-Grün hat sich in Brüssel dafür eingesetzt", sagte der Sprecher von Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne), Michael Schröten, zur taz. Die Bundesregierung habe damit ihr

Versprechen im Koalitionsvertrag eingelöst. Eine Initiative für eine Kerosinsteuer für deutsche Binnenflüge müsse vom Bundesfinanzminister kommen, sagte Schröten. Im Gegensatz zur Umsatzsteuer braucht die Kerosinsteuer nicht die Zustimmung der Bundesländer. Bei der Umsatzsteuer für Auslandsflüge war die Regierung 2002 an der Unionsmehrheit im Bundesrat gescheitert.

Für eine Kerosinsteuer im Inland sprachen sich mehrere Bundestagsabgeordnete aus. "Die Kerosinsteuerbefreiung ist eine ökologisch schädliche Subvention, die nicht mehr in die Zeit passt", sagte der Grünen-Abgeordnete Hans-Josef Fell der taz. Bei der Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform träten die Grünen auch für eine Kerosinsteuer für Binnenflüge ein.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Klimaexperte Ernst Ulrich von Weizsäcker forderte, die Ungleichbehandlung von Flugverkehr und Bahn zu beenden - bei der Mehrwertsteuer wie bei den Steuern für Energieverbrauch. Der Verband der deutschen Flugwirtschaft (BARIG) äußerte sich ablehnend.

Eine Notbremse für den Lkw-Verkehr

[Beate Streng, taz 03.11.04] Umweltbundesamt fordert eine Verdoppelung der Mautgebühr bis 2010. Ansonsten nehme der Güterverkehr auf der Straße dramatisch zu. Schienentransporte verbrauchen nur ein Fünftel der Energie. Auch Frachtschiffe sind besser für die Umwelt

Das Umweltbundesamt (UBA) fordert eine Verdoppelung der geplanten Mautgebühr bis 2010, um den steigenden Güterverkehr auf der Straße einzudämmen. Außerdem solle die Maut auch für Fernstraßen außerhalb der Autobahn gelten. "Die Prognose für den Güterverkehr ist alarmierend", sagte der Vizepräsident des Umweltbundesamtes, Thomas Holzmann, gestern bei der Vorstellung der umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2004 zum Thema Verkehr und Umwelt.

In ihrer Nachhaltigkeitsstrategie will die Bundesregierung den Lkw-Verkehr bis 2020 um 5 Prozent gegenüber 1999 mindern. Ohne zusätzliche Maßnahmen werde die Regierung aber ihr Ziel "dramatisch verfehlen", sagte Holzmann. Stattdessen werde mit der geplanten Maut von durchschnittlich 12,5 Cent pro Kilometer der Lastver-

kehr auf der Straße bis 2020 um 6,5 Prozent zunehmen. Mit der doppelten Gebühr könne man das Wachstum zwar nicht ganz verhindern, aber auf etwa 3 Prozent drücken. Die Schiene könne ihren Transportanteil halten oder leicht ausbauen. Bis 2015 könne der Bahnanteil am Güterverkehr um 1,8 Prozent auf 14,3 Prozent steigen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Bahn ihre Infrastruktur entsprechend ausbaue.

Der Transport auf dem Wasser und auf der Schiene habe eine enorm bessere Umwelteffizienz. Auf der Schiene brauche eine Tonne Ladung nur ein Fünftel der Energie wie auf der Straße, sagte Holzmann. Ein Zurückdrängen des Lkw-Verkehrs habe keine negativen, sondern letztlich positive Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, besagt eine Studie, die die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (gws) im Auftrag des Statistischen Bundesamtes und des UBA erarbeitet hat. Die Mehreinnahmen des Staates durch die Maut könnten für eine bessere Verkehrsinfrastruktur der Bahn verwendet werden, die zu mehr Beschäftigung und einem höheren Bruttoinlandsprodukt führten. Die Mautgebühren durch den Transit-Lkw-Verkehr könnten zum Schuldenabbau im Haushalt dienen, heißt es in der Studie.

Das Umweltbundesamt fordert zudem die Einführung einer Kerosinsteuer für den Flugverkehr. Falls mit den Einnahmen - wie bereits bei der Ökosteuer - die Lohnnebenkosten gesenkt würden, könnten so etwa 60.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Eine Kerosinsteuer könne dazu beitragen, die Emissionen des Treibhausgases CO₂ um 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr zu senken. Zudem solle die Mehrwertsteuer für den grenzüberschreitenden Flugverkehr eingeführt werden und der Mehrwertsteuersatz bei der Bahn von 16 auf 7 Prozent gesenkt werden. Durch eine solche Maßnahme gewinne nicht nur die Umwelt, sondern auch der Staat. Die Mehreinnahmen könnten in den Schuldenabbau fließen, empfiehlt die Studie.

Der Fahrgastverband Allianz pro Schiene nahm die Ergebnisse der Studie zum Anlass für eine Kritik an der Bundesregierung. "Stolpes Verkehrspolitik versagt angesichts der verkehrspolitischen Ziele, die sich Rot-Grün selbst gesteckt hat", heißt es in einer Erklärung des Bündnisses, dem 17 gemeinnützige Verbände aus den Berei-

chen Umwelt, Verbraucher und Arbeit sowie 53 bahnahe Unternehmen angehören.

Allerdings ist eine Erhöhung der Maut auf über 15 Cent pro Kilometer derzeit nach EU-Recht nicht möglich, auch nicht eine beliebige Ausweitung auf das gesamte Straßennetz. Zwar wird die entsprechende EU-Richtlinie dazu derzeit überarbeitet. Doch die Länder an Europas Außengrenzen haben ein Interesse daran, dass die Mautgebühr niedrig bleibt.

bdo strebt strategische Partnerschaft mit DB AG an Steuerliche Ungleichbehandlung zwischen den Verkehrsträgern beenden

[*Martin Kaßler (ots), 16.09.2004*] Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) Norbert Rohde hat sich am 16.09.04 in einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG Hartmut Mehdorn gewandt und eine strategische Partnerschaft zwischen Bus und Bahn angeboten. Damit soll die Einführung der Kerosinsteuer beim inländischen Luftverkehr erreicht werden. Rohde führte aus, dass es durch die steuerliche Besserstellung des Flugverkehrs und das Ausufernde des Billigflugtourismus zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten im Busreiseverkehr kommt. Eine einseitige steuerliche Privilegierung führe seit Jahren zur Wettbewerbsverzerrung zwischen den Verkehrsträgern.

Vor diesem Hintergrund böte sich ein gemeinsames und konzertiertes Vorgehen von DB AG und privatem Omnibusgewerbe an. Dies sei umso zwingender, nachdem eine neue EU-Energiesteuererrichtlinie nunmehr in nationales Recht umgewandelt werden muss. Die Energiesteuererrichtlinie erlaubt erstmals, die Besteuerung des nationalen Luftverkehrs. Bereits in der Koalitionsvereinbarung von 2002 hatten die Regierungsparteien SPD und Bündnis90/Die Grünen festgeschrieben, sich für die Einführung der Kerosinbesteuerung einzusetzen. Das umweltfreundlichste Verkehrsmittel Bus unterliegt der vollen Besteuerung. Die Steuerzahlungen für Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer der privaten europäischen Busunternehmer belaufen sich nach Angaben der IRU International Road Transport Union (IRU) auf jähr-

lich über 4 Mrd. Euro. Bereits 1999 hat auf Initiative des bdo der Europäische Gerichtshof in einem Grundsatzurteil festgestellt, dass die Klagen des Busgewerbes zur Schlechterbehandlung des Buses gegenüber dem Flugzeug berechtigt sind. Laut Informationen des Umweltbundesamtes verbraucht der Flugverkehr bei einer Flugstrecke von 500 km und durchschnittlicher Passagierbesetzung 43,9 Liter Diesel und belastet die Atmosphäre mit einem Kohlendioxid-Ausstoß von 115 Kilo je Person. Der Reisebus hat mit 5,4 Litern Diesel und 16 Kilo CO₂ je Person mit Abstand den geringsten Spritverbrauch und Abgasausstoß und ist somit das ökologischste Verkehrsmittel. Bei einem PKW mit Katalysator sind es 32,6 Liter Diesel und 86 Kilo CO₂. Bei der Fahrt mit der Bahn beträgt der Dieserverbrauch 11,8 Liter und der Schadstoff-Ausstoß 24 Kilo.

Klima und Wahlen

[*Matthias Urbach, taz vom 1.11.2004*] Ausgerechnet aus Hollywood kam Ende Mai mit "The Day After Tomorrow" der erste große Klimakatastrophenfilm. Der Film löste nicht nur eine kleine Renaissance des Themas aus, es sensibilisierte auch Leute für den Klimaschutz, die sich bislang dafür nicht interessierten. Dies ist das Ergebnis soziologischer Umfragen in amerikanischen und deutschen Kinos. In den USA gaben Kinobesucher nach dem Film eher an, ihre Stimme John Kerry geben zu wollen als George W. Bush. In Deutschland erhielt sogar die Ökosteuer nach dem Film bessere Noten.

Studie belegt positive Wirkung des Kinofilms "The Day After Tomorrow"

[*Solarserver, 06.11.04*] Durch Werbung, Interviews und Medienberichte hat der Film des Regisseurs Roland Emmerich Menschen erreicht, die sich sonst nicht oder kaum für das Klimaproblem interessieren. Das ist ein Ergebnis einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Dem Film sei es auch gelungen, dem Kinobesucher ein größeres Bewusstsein für die Vielschichtigkeit und Verwundbarkeit des Weltklimas zu vermitteln, so das PIK.

So sei zum Beispiel den meisten Befragten die Rolle der Ozeane vor dem Film nicht bekannt gewesen. Die "Special Effects" einer hereinbrechenden Klimakatastrophe führten bei den Zuschauern jedoch keineswegs zu Fatalismus oder Fluchtgefühlen - wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre. Im Gegenteil: Nur knapp zehn Prozent der Befragten hätten die Botschaft "Wir können ohnehin nichts tun" mit nach Hause genommen; 82 Prozent wählten nach dem Film die Botschaft "Wir müssen den Klimawandel unbedingt aufhalten" als ihr Motto.

Der Klimaschocker "The Day After Tomorrow" des Hollywood-Starregisseurs Roland Emmerich kam Ende Mai 2004 in rund 80 Ländern in die Kinos. Die Soziologen Fritz Reusswig und Julia Schwarzkopf vom PIK sowie Philipp Pohlenz von der Universität Potsdam führten die sozialwissenschaftliche Wirkungsstudie zum Film. Sie untersuchten, ob dieser Film die Klimadebatte neu entfachen und den Klimaschutz fördern würde, oder dem Klimathema letztlich schade, weil die Darstellung einer vom Menschen gemachten neuen Eiszeit auf der Nordhalbkugel mehr auf Fiktion als auf Wissenschaft beruhe. Die Studie wurde vom European Climate Forum (ECF) und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unterstützt. Neben dem PIK haben sich vier Forschungsteams aus den USA, Großbritannien und Japan mit der Wirkung des Films auf das Publikum beschäftigt. Diese Teams trafen sich am 21. und 22. Oktober am PIK, um ihre Ergebnisse auszutauschen. Dabei wurde deutlich: Die unterschiedlichen kulturellen und politischen Hintergründe in diesen Ländern führen dazu, dass ein und derselbe Film ganz unterschiedliche Wirkungen beim Kinobesucher hervorruft. In den USA etwa, wo Klima und Klimaschutz eine deutlich geringere Rolle in der Öffentlichkeit spielen als in Europa, hat der Film deutlich zur Sensibilisierung des Themas und der Notwendigkeit von Klimapolitik beigetragen. Und: Wer den Film gesehen hat, war deutlich stärker bereit, John Kerry zu wählen als George W. Bush.

Für die PIK-Studie wurden 1.118 Kinobesucher aus sechs deutschen Städten befragt (Berlin, Bremen, Magdeburg, Marburg, München, Potsdam).

In einem schriftlichen Interview beantworteten sie unmittelbar vor und nach dem Kinobesuch Fragen zum Klimawandel und Klimaschutz. Eine weitere Gruppe von 150 Personen wurde vier Wochen später noch einmal telefonisch interviewt, um die Langzeitwirkung des Films zu überprüfen.

Die Studie ist zu finden unter http://www.pik-potsdam.de/publications/pik_reports/reports/pr.92/pr92.pdf

Schutzimpfung gegen die finale Ölkrise: Kontinuierliche Anhebung der Energiesteuern als Vorsorgemaßnahme

[sfv-rundmail, 11.10.04] Der Konjunkturinbruch in Folge der OPEC-Fördermengendrosselung in den Jahren 1973 bis 1975 ist vielen Wirtschaftsfachleuten noch in warnender Erinnerung. Eine Drosselung der Erdölproduktion führte zu einem Anstieg der Rohölpreise und zu einem massiven Rückgang des Bruttoinlandprodukts. Dieses Ereignis hat sich in verkürzter Form dem Gedächtnis der Politiker eingeprägt: "Anstieg der Mineralölpreise bedeutet Verminderung des Wachstums." Viele Politiker sehen deshalb in jedem Anstieg der Mineralölpreise die wirtschaftliche und soziale Katastrophe schlechthin. Energiesteuern, die natürlich auch zum Anstieg der Mineralölpreise führen, kommen deshalb für sie überhaupt nicht in Frage.

Zwei entscheidende Unterschiede werden dabei nicht bedacht:

1. Bei einem knappheits- oder spekulationsbedingten Anstieg der Rohölpreise fließt das Geld ins Ausland ab und geht der Volkswirtschaft verloren. Bei einem Anstieg der Mineralölpreise infolge höherer Energiesteuern bleiben die Mehreinnahmen im Lande. Die Konjunktur erleidet keinen Nachteil.
2. Ein knappheits- oder spekulationsbedingter Anstieg der Rohölpreise erfolgt unkalkulierbar - mit extremen Preisschwankungen und einem Wechselbad aus Panik und Hoffnungen. Dies ist Gift für eine planvolle Umstellung der Volkswirtschaft! Durch Fehlallokationen gehen Vermögenswerte verloren. Ein Anstieg der Mineralölpreise durch Erhöhung der Energiesteuern hinge-

gen erfolgt kontinuierlich und im Voraus angekündigt, so dass die Wirtschaft ihre Planungen darauf einstellen kann und bei den wirtschaftlichen Veränderungen nur wenig Verluste auftreten. Ein Anstieg der Mineralölpreise durch Energiesteuern ist in seinen Auswirkungen demnach überhaupt nicht mit den gefürchteten Folgen der Preisausschläge auf dem internationalen Markt für Rohöl vergleichbar. Und nun ein Blick auf die zukünftige Entwicklung: Die Nachfrage nach Erdöl nimmt weltweit zu. Bisher ist es aber immer noch gelungen, die Fördermengen an die steigende Nachfrage anzupassen; die bisherigen Rohölpreiserhöhungen waren deshalb nur ein harmloser Vorgeschmack von dem, was die Weltwirtschaft erwartet, wenn die Fördermengen nicht mehr gesteigert werden können, sondern wieder zurückgehen. Dies kann schon in wenigen Jahren geschehen. Wer sich jetzt noch damit beruhigt, dass eine "magische Grenze" von 60 Dollar pro Barrel wohl niemals überschritten werden wird, der wird dann lernen müssen, dass es in der letzten, der finalen Ölkrise überhaupt keine obere Preisgrenze gibt, denn für Energie zum Überleben wird jeder Preis gezahlt. Die kommende Weltwirtschaftskrise ist deshalb bereits vorgezeichnet. Wir haben nicht mehr viel Zeit, uns darauf vorzubereiten. In dieser uns noch gegebenen Frist liegt aber auch eine große Chance für Nationale Alleingänge. Eine Volkswirtschaft, die sich rechtzeitig durch kontinuierliche Erhöhung der Energiesteuern (und durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz) auf die kommenden Ereignisse einstellt, ist besser gerüstet. Sie geht sparsamer mit dem Öl um, hat bereits Erneuerbare Energien in den Markt eingeführt und ihre Produktionsbetriebe aufvergessen - sie hat neue Arbeitsplätze geschaffen und damit ihr Sozialgefüge stabilisiert. Der Vergleich mit einer Schutzimpfung beim Heranrollen einer Grippe-

welle liegt nahe. Durch Impfung mit abgeschwächten Erregern wird der Organismus dazu gebracht, Abwehrkräfte zu entwickeln. Die kontinuierliche Erhöhung der Energiesteuern zum Schutz der deutschen Volkswirtschaft durchzusetzen ist somit Aufgabe einer vorsorgenden Politik.

Links zum ähnlichen Themen:
<http://www.energiekrise.de/> und
<http://www.peakoil.net/>

Biedenkopf: Glaube an Wirtschaftswachstum sei „Illusion“

[Die Zeit, 25.11.2004] Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hat die Themensetzung für den Anfang Dezember in Düsseldorf stattfindenden Bundesparteitag der CDU kritisiert. Es sei eine "Illusion", die Arbeitsmarktprobleme ließen sich durch dauerhaftes Wirtschaftswachstum lösen, schreibt Biedenkopf in der ZEIT, das Motto "Wachstum - Arbeit - Wohlstand" des Leitartikels sei verfehlt. Erstens sei ein verlässlicher Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung nicht nachweisbar, zweitens seien Staatsverschuldung, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung nicht hinnehmbare Begleiterscheinungen hoher Wachstumsraten. "Die Belastungen der Lebenschancen kommender Generationen nehmen Dimensionen an, die jene zurückliegender Kriege übersteigen", warnt Biedenkopf. "Eine Politik, welche die Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner freiheitlichen Ordnung von dauerhaftem Wachstum abhängig macht, kann deshalb keine lebenswerte Zukunft bieten." Statt auf höhere Wachstumsraten zu setzen, müsse die Arbeitsmarktpolitik neu ausgerichtet werden.

<http://www.zeit.de>

7. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

Queen Elizabeth II eröffnet deutsch-britische Klimakonferenz

[Yahoo, 03.11.04] Königin Elizabeth II. hat eine hochkarätig besetzte deutsch-britische Klimakonferenz eröffnet, mit der die Zusammenarbeit bei-

der Länder weiter vorangebracht werden soll. Die Queen begrüßte am Mittwoch in der britischen Botschaft in Berlin persönlich Wissenschaftler und Politiker. Klaus Töpfer, Leiter des UN-Umweltprogramms und Vorsitzender der Konferenz, forderte auch die USA auf, mehr für den Klima-

schutz zu tun.

Die Konferenz will Empfehlungen an den britischen Premier Tony Blair ausarbeiten. Großbritannien hat 2005 den Vorsitz in der Gruppe der führenden Industriestaaten (G8). Blair möchte die Themen Afrika und Klimaschutz zu seinen Schwerpunkten machen.

Der oberste wissenschaftliche Berater der britischen Regierung, Sir David King, erklärte vor den 180 Teilnehmern, jetzt gehe es darum, Ziele und Zeitrahmen für den Klimaschutz über das Kioto-Protokoll hinaus festzulegen. Auch müssten entscheidende Innovationsschritte zur Minderung der globalen Erwärmung folgen. Entscheidend sei es auch, Anreize zur Förderung von Investitionen in neue Technologien zu geben.

Töpfer sagte, die britische Königin habe bereits an vielen Stellen gezeigt, dass sie sich für die Umwelt verantwortlich fühle. Klimaschutz sei eine ökonomische Chance und keine Belastung. «Hier geht es darum, dass Klimawandel real ist und alle, auch die Amerikaner, handeln müssen.» Wer nicht mitmache, müsse später dafür teuer bezahlen. Töpfer dankte in der ARD Deutschland und Großbritannien ausdrücklich dafür, dass sie den Klimaschutz erneut auf die internationale Agenda gesetzt haben.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin erklärte, Deutschland und Großbritannien seien die europäischen Vorreiter beim Klimaschutz. Ohne das Engagement der beiden Länder wäre die Klimabilanz der EU negativ ausgefallen. Der Besuch der Queen unterstreiche die Wichtigkeit des Themas. Er sei der britischen Königin dafür «sehr dankbar», erklärte der Grünen-Politiker.

Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn kündigte an, Deutschland und Großbritannien wollten ihre Zusammenarbeit in der Klimaforschung ausbauen. Beide Länder gehörten bei der Einhaltung der EU-Verpflichtungen im Kioto-Protokoll zu den europäischen Motoren. «2002 lagen in Großbritannien die Werte um 15 Prozent unter dem Niveau von 1990, in Deutschland sogar um 19 Prozent. Trotz dieser Erfolge dürfen wir uns nicht mit dem Erreichten zufrieden geben.»

Bulmahn sagte, zu den wichtigen Themen der Zukunft gehöre auch eine verbesserte Anpassung an gegenwärtige Klimatrends und extreme Wetterer-

eignisse. «Hier müssen wir durch eine praxisorientierte Umsetzung von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung stärker als bisher Zukunftsvorsorge treffen und neue wirtschaftliche Chancen erschließen.» Dazu diene auch das neue Klimaforschungsprogramm in Deutschland, das aus ihrem Hause mit 30 Millionen Euro gefördert werde.

Die britische Umweltministerin Margaret Beckett erklärte, ihre Regierung halte es für einen Erfolg versprechenden Kurs, den Flugverkehr nach 2008 mit in das EU-Emissionshandelssystem einzubeziehen. Beckett schrieb in einem Beitrag für die «Frankfurter Rundschau»: «Je erfolgreicher wir die Emissionen auf anderen Gebieten beschränken, desto entscheidender ist es, dass wir auch beim Luftverkehr etwas unternehmen.»

USA: Steuerfreiheit über den Wolken

[Berhard Pötter, taz, 21.09.04] Die USA und 21 andere Länder wollen weltweit Umweltabgaben und Kerosinsteuern auf den Flugverkehr verbieten lassen. Die EU dagegen prallen beide Ansätze aufeinander. Zwischen der Europäischen Union und den USA mit ihren Verbündeten eskaliert ein neuer Streit um die internationale Klimapolitik. Am Freitag bestätigten die ständigen Vertreter der EU-Länder in Brüssel ihre Ablehnung einer US-Initiative, die den Flugverkehr von möglichen Umweltabgaben oder Kerosinsteuern ausnehmen will. Die EU werde sich dafür einsetzen, dass die Internationale Organisation der zivilen Luftfahrt (ICAO) ihre Verpflichtungen zum Klimaschutz nach dem Kioto-Protokoll erfülle, hieß es gestern in Brüssel. Vergangene Woche lehnte das EU-Parlament in einer Resolution den US-Vorstoß ebenfalls ab.

Auf der Generalversammlung der ICAO, die am 28. September im kanadischen Montreal beginnt, wird damit der Klimaschutz wieder zum Streitthema. Denn dort wird eine Gruppe von 22 Staaten unter der Führung der USA einen Vorschlag machen, der die Erhebung von "einseitigen emissionsbezogenen Abgaben" durch die Mitgliedsstaaten ausschließt. Der Entwurf fordert außerdem weitere Studien zum Thema Treibhauseffekt durch Flugzeuge und schlägt vor, die Emissionen aus dem Luftverkehr in einem freiwilligen System des Emissionshandels unter den Staaten zu ver-

handeln. Die Länder, unter ihnen Kanada, China, Russland, Brasilien und Japan, wollen damit eine weitere Belastung der angeschlagenen Flugindustrie verhindern – und für die Zukunft eine CO₂-Steuer oder auch eine Kerosinsteuer für Flugzeuge verhindern. Flugverkehr trägt zum Treibhauseffekt mit knapp vier Prozent bei.

Eine solche Abgabe ist aber das erklärte Ziel der EU, um die ökologischen Schäden des Fliegens wenigstens teilweise zu begrenzen. Bisher plant die EU nach Informationen aus Brüssel und aus dem Berliner Verkehrsministerium keinen eigenen Vorstoß, um für die Idee von Umweltabgaben offensiv zu werben. Man wolle nur dafür stimmen, dass die ICAO "geeignete Maßnahmen" ergreift, um die Klimaschutzziele zu erfüllen, die das Kyoto-Protokoll vom Luftverkehr verlange. "Die EU hat bisher insgesamt 41 Staaten auf ihrer Seite", sagt eine Sprecherin der Verkehrsministerin gegenüber der taz. In den Verhandlungen werde es nun darum gehen, eine Mehrheit der 188 ICAO-Mitglieder zu überzeugen.

Experten erwarten, dass der Vorschlag, Umweltsteuern abzulehnen, auf der ICAO-Versammlung eine Mehrheit bekommen wird. "Die EU muss dafür kämpfen, dass dieser Vorschlag nicht durchgeht", sagt Dietrich Brockhagen, Flugexperte der Entwicklungsorganisation Germanwatch. "Die Europäer sollten offensiv ihre Forderung nach einer Umweltabgabe zumindest für den Flugverkehr zwischen den Industriestaaten vertreten."

Auch die Umweltpolitiker der grünen Bundestagsfraktion machen Druck. In einem Brief an Verkehrsminister Manfred Stolpe fordern Reinhard Loske und Winfried Hermann von Stolpe, er solle "dem Koalitionsvertrag Rechnung tragen" und sich in der EU dafür einsetzen, dass die Europäer "geschlossen der US-Initiative entgegentreten und alles versuchen, die Annahme zu verhindern".

Für alle Fälle will die EU ihren Dissens in dieser Frage zu Protokoll geben: Dann nämlich bindet auch ein möglicher ICAO-Beschluss nicht die EU. Das aber ist nötig, wenn die Europäer mit Kerosinsteuern, CO₂-Steuern oder der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel auch nur in einer Koalition der Willigen beginnen

wollen.

DIW Studie belegt US\$2.000 Milliarden Höhe Kosten des Klimawandels

[KlimaKompakt Spezial Nr. 27, 27.10.04] Jährliche Klimaschäden von 2000 Mrd US\$ bis 2050 schon bei ein Grad Erwärmung. Mit zunehmenden Treibhausgasemissionen und Temperaturen steigen auch die volkswirtschaftlichen Schäden - allein für das Jahr 2002 werden die globalen Schäden durch extreme Wetterereignisse auf 55 Mrd. US-Dollar geschätzt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in seinem Wochenbericht 42/04 dargelegt, dass sich bei einer Zunahme um global 1°C gegenüber der heutigen Weltmitteltemperatur die jährlichen Schäden auf bis zu 2.000 Milliarden US\$ im Jahre 2050 belaufen könnten, wovon allein auf Deutschland 137 Mrd. US\$ entfallen würden. Über einen Zeitraum von 50 Jahren könnten 214 Billionen (= 214.000 Milliarden!) US\$ an volkswirtschaftlichen Schäden entstehen. Von den ökonomischen Kosten des Klimawandels bleibt kaum eine Region verschont, denn Anzahl und Stärke der Naturkatastrophen nehmen in allen Teilen der Erde zu. Das zugrunde liegende Simulationsmodell berücksichtigt neben direkten ökonomischen Auswirkungen auf die Energieumwandlung, die Landwirtschaft und die Industrie auch Auswirkungen des Klimawandels auf die Ökologie (z.B. Zunahme von Waldbränden, Verluste an Artenvielfalt), aber auch gesundheitlich-ökonomische Aspekte (z.B. Krankheiten, Veränderung der Sterblichkeit). Klimapolitische Maßnahmen, wie z.B. der Emissionshandel, können das Ausmaß der wirtschaftlichen Kosten zur Minderung der Treibhausgasemissionen entscheidend senken.

Der Bericht des DIW stellt dabei dar, wie die Emissionsminderungskosten bei verschiedenen Handlungsansätzen ausfallen. DIW-Bericht "Die ökonomischen Kosten des Klimawandels" von Prof. Dr. Claudia Kemfert, Online-Version (dort aber ohne Abbildungen und Tabellen):

<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/04-42-1.html>

8. DISKUSSIONSFORUM

Rückmeldung aus China

Sehr geehrtes ÖkoSteuerNews-Team,
mit großem Interesse habe ich im fernen China die letzte Ausgabe Ihres Newsletters gelesen. Sehr ausführlich und informativ sind insbesondere die nationalen Berichte, über die man hier sonst sehr wenig mitbekommt! Wünschenswert wäre meines Erachtens darüber hinaus eine etwas ausgeweitete Aufnahme internationaler Ökosteuer-Aspekte.
Mit den besten Grüßen aus Peking, Dr. F. C.

Neuanfang in der Ökosteuerdiskussion

[Andreas Wolfsteiner, 14.11.04] Der Ansatz des Memorandums die bestehende Ökologische Steuerreform zu optimieren ist vollkommen richtig und wichtig.

Meiner Meinung nach sollten wir aber auch parallel versuchen einen Neuanfang in der Ökosteuerdebatte zu initiieren. Zu diesem Ergebnis komme ich, da ich davon ausgehe, dass die Art und Weise, wie die Rot-Grüne-Koalition Ökosteuern eingeführt hat, die langfristigen Potentiale verspielt wurden. Das Gegenargument, dass nur durch die Stabilisierung der Rente die Ökologische Steuerreform bei der SPD mehrheitsfähig war und nur durch den Zwang bei einer Abschaffung für die nötige Gegenfinanzierung zu sorgen, die Ökologische Steuerreform überlebt hat, halte ich nicht für zielführend. Ich bin der Meinung: lieber wären Ökosteuern zu diesem Zeitpunkt nicht Wirklichkeit geworden oder bereits wieder abgeschafft, wenn dafür ihr enormes Zukunftspotential erhalten geblieben wäre.

Heute stecken Ökosteuern in einer Sackgasse. Gut, es hat fünf Erhöhungsschritte gegeben. Aber die Zukunft sieht düster aus. Die Ökosteuer ist dermaßen negativ besetzt in den Köpfen der Menschen, dass sie - bevor sie wirklich Wirkung zeigen konnte – bereits tot ist.

Wie hätte es besser laufen können? Ökosteuern können dann ihr Potential, einen sozial- und wirtschaftsverträglichen Ökologischen Strukturwandel herbeiführen zu können, voll ausspielen, wenn sie

langfristig angelegt sind. Die Erhöhungsschritte in den ersten Jahren sind völlig bedeutungslos und sogar kontraproduktiv. Der Anhebungspfad von Ökosteuern sollte sich an der langfristig möglichen Produktivitätssteigerung beim Umweltverbrauch orientieren. Dabei sollte idealer Weise zwischen Ankündigung einer Erhöhung und dem Eintreten genügend Zeit sein, damit die Strukturveränderungen bereits weitgehend verwirklicht sind. Konkret hieße dies z.B. beim Benzinpreis: wenn er wirklich weh tut, sind die Alternativen: ausgebauter ÖPNV, Park & Ride, näheres Zusammenrücken von Arbeit, Wohnen, Konsum (attraktive Innenstädte statt Märkte auf der grünen Wiese) und Freizeit etc. bereits weitgehend vorhanden. Ist eine Ökosteuer so angelegt, werden volkswirtschaftliche Kosten in Form von Desinvestitionen (Entwertung von bestehenden Investitionen: Haus im Grünen, ineffiziente Heizung, Produktionsstätten für Benzinfräser etc.) beim unvermeidlichen Ökologischen Strukturwandel minimiert.

M.E. hätte auch offensiv das Thema „Nationaler Alleingang“ thematisiert werden müssen. Es ist ja jedem intuitiv klar, dass wir nicht die Möglichkeit haben im Alleingang Ökosteuern auf eine Höhe zu hieven, wie es ökologisch langfristig nötig ist. Gegen diese intuitive Einsicht kann man nicht überzeugen. Man hätte von Anfang an sagen müssen: Ok, Deutschland soll und kann nicht im Alleingang die Umwelt retten. Wenn es an das Eingemachte geht, müssen auch die Anderen am gleichen Strang ziehen. Man hätte dieses Problem internalisieren können, indem man ganz klar sagt: Ökosteuern haben ökonomische Vorteile gegenüber anderen Instrumenten. Mit Ökosteuern kann man daher auch weiter gehen im Umweltschutz als andere Länder. Aber es gibt natürlich eine Grenze, ab der auch die Anderen mitziehen müssen. Diese Binsenweisheit hätte deutlich gemacht werden können indem man sagt: unsere Energiepreise dürfen höchstens z.B. 25 Prozent über dem

EU-Durchschnitt¹ liegen. Damit würde man zwar die langfristige Planbarkeit durch einen langfristigen Anhebungspfad wieder teilweise negieren – aber an der Realität kommt eben keiner vorbei.

Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses Doppelpaket: langfristiger Anhebungspfad mit erst sehr kleinen Schritten, die progressiv zunehmen und klare Begrenzung des „Nationalen Alleingangs“ zu vermittelt gewesen wäre. Dies habe ich in vielen Gesprächen mit „Normalbürgern“, seien es Geschäftsführer oder Arbeiter, erlebt.

Dieser Ansatz hätte zudem den politischen Charme gehabt, dass bei Verabschiedung der Ökosteuer erst einmal gar nichts passiert. Was den Aufschrei gemindert hätte. Zweitens wäre schon im Ansatz deutlich geworden, dass es nicht um die Einnahmen geht, sondern um die Zurechnung der Kosten für die Nutzung von Umwelt an den jeweiligen Nutzer. Die ökologische Wirksamkeit und die ökonomischen Vorteile gegenüber anderen Instrumenten wären eher einsichtig gewesen.

Somit hätte m.E. ökologische Wirksamkeit, ökonomische Vernunft und politische Durchsetzbarkeit Hand in Hand gehen können und die langfristigen Potentiale von Ökosteuern wären erhalten geblieben.

Nun ist es anders gekommen. Aber vielleicht ist das Kind ja noch nicht endgültig in den Brunnen gefallen? Vielleicht ist ein Neuanfang nach der Bundestagswahl 2006 möglich. Auch CDU, CSU und FDP sind natürlich die Vorteile von Ökosteuern bewusst. Sie brauchen aber eine Brücke, um die populistische Verteufelung in der Vergangenheit rechtfertigen zu können. Warum sollte eine mögliche Neuauflage von Rot/Grün nicht auch den Versuch machen, die Ökosteuer noch einmal neu zu interpretieren. Besonders Schröder müsste hier eine Brücke gebaut werden.

Rückmeldungen zum FÖS Memorandum erste Auflage

Wir haben uns über die vielen Rückmeldungen, Anregungen und Meinungen, die wir nach der Veröffentlichung von der ersten Auflage des FÖS-

¹

Alle Steuern inbegriffen im Jahr 2002: Leichtes Heizöl 18 Prozent unter EU-Durchschnitt, Elektrizität 14 Prozent über EU-Durchschnitt, Naturgas genau EU-Durchschnitt

Memorandums erhalten haben, sehr gefreut. Sie haben zu der Überarbeitung und Weiterentwicklung des Memorandums für die zweite Auflage deutlich beigetragen und die Diskussion angeregt. Um diesen Prozess weiter voranzutreiben, haben wir eine Auswahl der Kommentare unten veröffentlicht und freuen uns über die künftige Diskussion und weitere Kommentare von unseren Lesern!

Zur Dieselsebesteuerung

[Craig Morris] Es gäbe die Möglichkeit, die deutsche Industrie dazu zu zwingen, Rußpartikelfilter einzusetzen, die bereits in französischen Modellen sehr gut funktionieren und über Prozent der Partikel herausfiltern. Die deutsche Industrie scheint dagegen zu sein, weil ihre Autos dadurch leicht teurer würden, ohne dass sie mehr verdienen würden, denn das Patent haben ja die Franzosen. Angenommen, der Diesel würde dadurch erheblich umweltfreundlicher, sprächen mindestens zwei Argumente für Dieselmotore: eine weit längere Laufzeit als Ottomotore, und die Möglichkeit, auf Biodiesel o.ä. (auch Mischungen) umzusteigen.

[Andreas Wolfsteiner] Angleichung Dieselsteuersatz noch weiter strecken – Ein Grund für Politikverdrossenheit ist, dass man sich nicht mehr auf politische Rahmensetzungen verlassen kann. Aber gerade dieses Vertrauen brauchen wir, wenn ein langfristiger Ökologischer Strukturwandel (statt Strukturbrüche) gelingen soll. Nur wenn die Wirtschaftssubjekte sich einigermaßen darauf verlassen können, dass Rahmensetzungen Bestand haben, werden sie auch in einen Ökologischen Strukturwandel investieren. Auf Grund des günstigeren Dieselpreises wurde ein höherer Anschaffungspreis in Kauf genommen. Es wäre kontraproduktiv diese Menschen vor den Kopf zu stoßen. Wichtig ist, dass in der Zukunft bei Neuanfassungen der Dieselparteil sich wieder normalisiert. Für diesen Zweck reicht meines Erachtens eine Anpassung in acht Schritten. Diese Argumentation würde auch ganz gut zum FÖS passen.

Zum Non-Affektationsprinzip

[Peter Vogelsanger] Besonders unterstützungswürdig ist die grundsätzliche Haltung, dass "die Ökosteuern langfristig ohne Zweckbindung in den Staatshaushalt fließen sollten". Der umfassenden

Argumentation dafür kann nur beigeplichtet werden. (Die spezielle Verteidigung des Non-Affektationsprinzips darf besonders gewürdigt werden, wenn in seiner (meiner) Umgebung die Zweckbindung der Mittel fast schon Sport ist.) Doch wird in kleinen Teilen von diesem Prinzip abgewichen und postuliert: "Dafür muss die Reform auch in der Öffentlichkeit populärer werden. In Meinungsfragen spricht sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Verwendung der Ökosteuer für Ökoprojekte aus. Dieses eindeutige Votum sollte von der Politik und den Ökosteuer-Befürwortern nicht länger ignoriert werden: [...]". Widerspricht (bzw. entspricht) das nicht gerade einer populistischen Haltung die an anderer Stelle und in anderem Zusammenhang kritisiert wird? Die Ursache, dass die Verwendung des Ökosteueraufkommens für Ökoprojekte auf Unterstützung stößt, ist vor allem, dass die Wirkungsweise der Ökosteuer nicht verstanden wird, und weniger, dass eine Mehrheit die Förderung von Ökoprojekten unterstützt. Es ist die auf Unverständnis gründende Haltung: "Wenn schon aus ökologischen Gründen Geld einnehmen, dann auch für ökologische Zwecke ausgeben, sonst kann das gar nicht richtig funktionieren." Sollten Ökoprojekte durch die Ökosteuer gefördert werden, sich dann aber Widerstand gegen die Förderung von Ökoprojekten durchsetzen, könnte auch die Ökosteuer als obsolet betrachtet werden. Ein vielversprechenderer Ansatz um die Akzeptanz der Ökosteuer auch in der Bevölkerung zu erhöhen und zu sichern wäre es, den monetären Nutzen der Ökosteuer (z.B. durch pauschale Rückerstattung) der Bevölkerung gegenüber sichtbar und schmackhaft zu machen. Nachdem der Staat die Ökosteuer nicht mehr kippen wird, weil er sie schlicht braucht, sollte man doch versuchen, auch gegenüber der Bevölkerung dieselbe Abhängigkeit zu schaffen.

[Prof. Dr. H.C. Binswanger] Die juristische Argumentation betreffend das Non-Affektationsprinzip überzeugt nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass z.B. in der Schweiz die Tabak- und Alkoholsteuer in die Finanzierung der Altersrenten einbezogen sind, ohne dass sich je ein Jurist daran gestoßen hat. Für Transferzahlungen im Sozialbereich gelten andere Regeln als für die Subventionierung wirtschaftlicher Tätigkeiten. Diesbezüglich ist das „Kässeli“-System, wonach

bestimmte Einnahmen für bestimmte Subventionen reserviert werden sollen, juristischerseits auch in der Schweiz immer kritisiert worden.

Mein wichtigster Änderungsvorschlag zielt auf die Rentenfinanzierung durch die Ökosteuer. Sie sollte beibehalten werden, bis die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer um ein Drittel abgebaut sind. Die „doppelte Dividende“ der Ökosteuer macht ja das „Salz“ der ökologischen Steuerreform aus. Dieses „Salz“ sollte man nicht wegwerfen, bevor die „doppelte Dividende“ überhaupt eine Wirkung erzielt hat (die bisherige Wirkung ist zu minimal, um relevant zu sein). Dabei geht es auch darum, die Nachhaltigkeit mit ihren zwei bzw. drei Komponenten im Auge zu behalten. Durch den Rückzug auf die Eindimensionalität wird die ökologische Steuerreform ziemlich salzlos.

Trotzdem kann ich mir vorstellen, dass auf längere Frist, d.h. wenn die Sozialabgaben um ein Drittel reduziert werden könnten, die zusätzlichen Einnahmen aus der Ökosteuer in die allgemeine Staatskasse fließen sollten. Ich sehe den Grund dafür aber vor allem darin, dass das Versicherungsprinzip, auch wenn es schon lange nicht mehr vollständig gilt, doch nicht grundsätzlich aufgegeben und daher ein Beitrag der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Versicherungszahlung beibehalten werden sollte.

Erneuerbare Energien

[Johannes Lackmann] Die Koalition sollte im Rahmen der Reform ihre Zusage aus der letzten Legislaturperiode einlösen und den Strom aus Erneuerbare Energien von der Stromsteuer befreien. Auf diese Weise kann die Debatte um die Internalisierung externer Effekte endlich eine konkrete, für den Verbraucher wahrnehmbare Wirkung entfalten. Die Differenzkosten zwischen Erneuerbare Energien und konventionellem Strom würden deutlich geringer und die Stromsteuer würde in der ökologischen Lenkungswirkung deutlich gestärkt.

Das durch die Steuerbefreiung für Erneuerbare Energien entfallende Steueraufkommen sollte durch entsprechende Erhöhung der Stromsteuer auf konventionellen Strom ausgeglichen werden. Um nicht durch steuerbefreite Erneuerbare Energien-Stromimporte zusätzliche Steuerausfälle zu

riskieren, kann die Steuerbefreiung auf EEG-Strom begrenzt werden. Wir haben geprüft, dass das EU-rechtskonform machbar ist.

Zum Thema Gesetzlicher Rahmen für regenerativ erzeugte Wärme - In der Koalitionsvereinbarung ist vermerkt, dass in dieser Legislaturperiode eine stabile Regelung für die Verbreitung von Erneuerbare Energien im Wärmemarkt geschaffen werden soll. Dazu gehören vor allem Solarthermie, Geothermie und Bioenergie. Zur Zeit sind UBA, BMU und Verbände in Vorüberlegungen dazu. Geprüft werden:

- einfache Ordnungspolitik wie etwa eine Vorschrift, bei Neu- und Umbauten einen bestimmten regenerativen Anteil zu erreichen. In eine solche Vorschrift könnten leicht auch Effizienzmaßnahmen einbezogen werden.
- Eine Quotenverpflichtung für Brennstofflieferanten - Ein Bonusmodell für Erneuerbare Energien im Wärmemarkt, das über Aufschläge auf fossile Brennstoffe finanziert wird.

Erste Berechnungen zeigen, dass man bereits mit einem geringen Aufschlag von 0,05 ct/kWh den regenerativen Wärmemarktanteil verdoppeln könnte. In jedem Fall wäre ein weiteres neues Instrument im Energiesektor in der politischen Arena sicherlich nicht besonders populär. Deshalb wäre zu überlegen, ob die Ökosteuer auf fossile Brennstoffe soweit angehoben wird, dass sich daraus ein stabiles Bonusmodell für regenerative Wärme finanzieren lässt.

Weitere gemischte Forderungen

[Johannes Lackmann] Die Entlastungswirkung der Steuer sollte deutlich transparenter werden und mehr in den Vordergrund gehoben werden. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn zusätzliche Einnahmen nicht direkt in die Sozialversicherung fließen sondern pro Kopf und – soweit es sich um Steuern aus der Wirtschaft handelt – pro Beschäf-

tigten zurückgezahlt werden verbunden mit der Verpflichtung der Zahlungsempfänger, entsprechende eigene Aufwendungen für die soziale Sicherung nachzuweisen. Die lohnbezogenen Sozialversicherungsabgaben könnten dann im gleichen Umfang gesenkt werden. Im Zukunftsrat NRW haben wir uns u.a. mit einem solchen Vorschlag befasst. Obwohl der Zukunftsrat sich aus einem breiten und auch konservativen Spektrum zusammensetzte, wurde dieser Vorschlag in die Empfehlungen des ZR aufgenommen.

[Andreas Wolfsteiner] Progression und längere Laufzeit statt „Fünfhresschritte“ bei Ökosteuer auf Kraftstoffe, leichtes Heizöl, Erdgas und Strom - Ökosteuern können besonders dann ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Vorteile gegenüber anderen Instrumenten ausspielen, wenn sie langfristig angelegt sind. Theoretisch ist ein Ökosteueranhebungshebungspfad ökonomisch dann optimal, wenn die Umweltziele mit möglichst geringer Entwertung von bereits getätigten Investitionen (Haus auf dem Land, Supermarkt auf der Grünen Wiese, Flughafenerweiterung, Investitionen ins Straßen- und Schienennetz, Modellreihe eines Automobilkonzerns, Kühlschrank, Spülmaschine, etc.) erreicht werden. Die zukünftigen Investitionsentscheidungen müssen in die richtige Richtung gehen. Um einen solchen Ökologischen Strukturwandel zu induzieren ist der Ökosteuerersatz von morgen eher unwichtig. Der von Übermorgen ist der entscheidende. Ökosteueranhebungen in absoluter Höhe haben demgegenüber aber gerade den umgekehrten Effekt: Relativ gesehen sinken die Anhebungen. Deshalb halte ich es für sinnvoll, die nächsten Ökosteueranhebungen niedriger anzusetzen, dafür aber eine Progression einzubauen und den Zeitraum zu verlängern. Ich möchte dies am Beispiel Benzin deutlich machen:

ÖKOSTEUERNEWS 31 – DEZEMBER 2004

	Jahr	MineralölSt je l Benzin	%-ale Erhöhung n.J.	Ökosteuer- erhöhung n.J.	Benzinpreis n.J. einschl. Ökosteuer ohne sonst. Effekte	Veränd. p.a.	Veränd. kum.
	2004	0,65 €	1,0%	0,01 €	1,21 €		
1	2005	0,66 €	1,5%	0,01 €	1,22 €	0,8%	0,8%
2	2006	0,67 €	2,0%	0,01 €	1,23 €	1,1%	1,9%
3	2007	0,69 €	2,5%	0,02 €	1,25 €	1,4%	3,4%
4	2008	0,71 €	3,0%	0,02 €	1,27 €	1,7%	5,1%
5	2009	0,73 €	3,5%	0,03 €	1,30 €	2,0%	7,2%
6	2010	0,75 €	4,0%	0,03 €	1,33 €	2,3%	9,7%
7	2011	0,78 €	4,5%	0,04 €	1,36 €	2,7%	12,6%
8	2012	0,82 €	5,0%	0,04 €	1,40 €	3,0%	16,0%
9	2013	0,86 €	5,5%	0,05 €	1,45 €	3,4%	19,9%
10	2014	0,91 €	6,0%	0,05 €	1,50 €	3,7%	24,4%
11	2015	0,96 €	6,5%	0,06 €	1,57 €	4,1%	29,5%
12	2016	1,02 €	7,0%	0,07 €	1,64 €	4,6%	35,4%
13	2017	1,09 €	7,5%	0,08 €	1,72 €	5,0%	42,2%
14	2018	1,18 €	8,0%	0,09 €	1,81 €	5,5%	50,0%
15	2019	1,27 €	8,5%	0,11 €	1,92 €	5,9%	58,9%
16	2020	1,38 €	9,0%	0,12 €	2,05 €	6,4%	69,1%
17	2021	1,50 €	9,5%	0,14 €	2,19 €	7,0%	80,9%
18	2022	1,64 €	10,0%	0,16 €	2,35 €	7,5%	94,5%
19	2023	1,81 €	10,5%	0,19 €	2,54 €	8,1%	110,2%
20	2024	2,00 €	11,0%	0,22 €	2,76 €	8,6%	128,4%

Ausgestaltung der Erhöhungsschritte:

- Ökosteuererhöhung im ersten Jahr: 1 Prozent der Mineralölsteuer (einschl. Ökosteuer aus der Vergangenheit)
- In den Folgejahren erhöht sich der Prozentsatz jeweils um 0,5 Prozentpunkte bis entweder das ökologische Ziel erreicht ist oder der deutsche Benzinpreis um mehr als 20 Prozent über dem (gewichteten) EU-Durchschnitt liegt.

Vorteile:

- Die Wirtschaftssubjekte können sich darauf einstellen. Langfristinvestitionen werden beeinflusst.
- D.h., Beginnt die Ökosteuer wirklich zu lenken, bestehen bereits die Alternativen.
- Politiker brauchen weniger Angst vor der nächsten Wahl haben – die wirklichen Erhöhungen kommen erst in der übernächsten Wahlperiode und nur, wenn Europa in einem gewissen Grad mitzieht.
- Dann ist die Angriffsfläche aber nicht mehr so groß, da die Alternativen bereits sichtbar sind.
- Es wird klarer, dass es bei der Ökosteuer in erster Linie nicht um die Erzielung von Einnahmen geht.

- Der nationale Handlungsspielraum wird thematisiert und klar definiert. (Andreas Wolfsteiner)

Primärenergiesteuer mit Grenzausgleich auf EU-Ebene – Vielleicht sollte man als Vision eine Primärenergiesteuer (Das Problem, dass dann Kernenergie bevorzugt würde, könnte man durch eine unbegrenzte Haftung der Betreiber lösen) mit Grenzausgleich auf EU-Ebene ins Spiel bringen. Denn auch bei einer Ökosteuer auf EU-Ebene würde weiterhin das Problem auftauchen, dass die EU im „Alleingang“ die Steuersätze auch langfristig nicht ohne Weiteres in Höhen hieven könnte, wie wir sie eigentlich bräuchten. Mit einer Ökosteuer mit Grenzausgleich wäre dieses Problem größtenteils gelöst, da sie wettbewerbsneutral (WTO-tauglich) ist und trotzdem sogar auf andere Staaten Druck ausübt mit weniger Umweltverbrauch zu produzieren.

[Fritz Andres] Langfristig sollte das Ökosteuer-Aufkommen gleichmäßig auf den Kopf der Bevölkerung zurückverteilt werden. Aus der Ökosteuer wird dadurch eine – am Staatshaushalt vorbeigehende – Ökoumlage, die das gleiche Teilhaberecht aller Menschen an den Umweltgütern realisiert, indem sie ihre tatsächlich ungleiche Nutzung ökonomisch ausgleicht.

Begründung:

1. Ökologisch notwendige Begrenzungen des Zugangs zu den natürlichen Ressourcen schaffen bzw. verschärfen ein Verteilungsproblem. In demokratischen Gesellschaften haben die notwendigen Begrenzungen, daher nur dann eine Chance auf Akzeptanz, wenn die Verteilungsprobleme offensichtlich gerecht gelöst werden. Wird der Zugang zur Natur – wie durch die Ökosteuer – nur verteuert, so hängt die Teilhabe an den Ressourcen allein von der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Einzelnen ab – wer weniger oder nicht leistungsfähig ist, wird also von der Teilhabe an den Ressourcen abgeschnitten: ein sicherlich unakzeptables Ergebnis, das auf Dauer auch nicht mehrheitsfähig ist.

Die Verteilungsfrage muss daher nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch um der zü-

gigen Durchführung der notwendigen Begrenzungen angegangen werden!

2. Preise in Abgaben auf Umweltnutzung stellen deren ökonomischen Gegenwert und damit den Gegenstand dar, auf den sich ein gleicher Teilhabeanspruch aller Menschen – bei tatsächlich ungleicher Nutzung der Natur sinnvollerweise beziehen muss.

3. Unterschätzen Sie bitte nicht die Tiefendimension der Verteilungsfrage, deren gerechte Lösung die Menschheit in Bezug auf ihr Gemeinschaftsgut Erde erst zu einer Gutsgemeinschaft zusammenführt. Auf dieser Basis werden nicht nur die Begrenzungsprobleme, sondern auch die ökologisch und rohstoffbedingten Friedensprobleme (Wasser im Nahen Osten, Öl usw.) lösbar – und meines Erachtens nur auf dieser Basis!

9. JOBS

Praktikant/in gesucht im Bundesumweltministerium

Gesucht wird Student/in im Hauptstudium, ab sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, für mindestens 8 und noch besser 12 Wochen oder länger, mit Interesse an politischen Abläufen und Kenntnis der Themen Energie und Klimaschutz, insbesondere Ökologische Steuer- und Finanzreform/Subventionen und Verkehr

Telefonische Vorabanfrage und Bewerbungen (nur per Email) bitte an:

Kai Schlegelmilch

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

AG Z III 6 (Arbeitsgruppe Umwelt und Energie, Klimaschutz)

Alexanderplatz 6, 10178 Berlin

Tel.: 01888-305-3664 Fax: 01888-305-2349

Kai.Schlegelmilch@bmu.bund.de und, <http://www.bmu.de>

Praktikum im Bahn-Umwelt-Zentrum

Das Bahn-Umwelt-Zentrum bereitet für die Deutsche Bahn AG die umweltpolitischen Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene vor. Unser Ziel ist die stärkere Berücksichtigung geeigneter umweltpolitischer Instrumente und Strategien zur Förderung der umweltverträglichen Verkehrsmittel. Für die systematische Weiterentwicklung dieser Aktivitäten und die konkrete Bearbeitung aktueller Fallgestaltungen suchen wir an unserem Standort Berlin regelmäßig Praktikanten.

Für Rückfragen und weitere Informationen unter:

Tel. 030/297-63211 oder mailto: stephanie.bauer@bahn.de

Ecologic welcomes applications from environmental economists

Responsibilities include carrying out and handling research and consulting projects for Ecologic's clients and sponsors concerning environmental economics as well as economic aspects in a range of environmental policy issues, mainly at the international and European levels.

Closing date: 24 November 2004. Weitere Informationen unter: www.ecologic.de

Zivildienst im Bereich der erneuerbaren Energien: Neue Möglichkeiten für gemeinnützige Einsatzstellen

Anerkannte Kriegsdienstverweigerer haben nun auch die Möglichkeit, den Zivildienst auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien zu leisten. Zivildienstleistende künftig auch rund um Solar-energie, Wasser- und Windkraft, die energetische Nutzung von Biomasse und Geothermie ihren Dienst leisten.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.zivildienst.org und www.erneuerbare-energien.de.

Zwei Stellen offen beim Environmental and Energy Study Institut

Full time Policy Assistant/Analyst. Weitere Informationen unter:

<http://www.eesi.org/employment/Policy%20Associate%2010.04%20posting.htm>

Full-time Program Administrative Assistant. Weitere Informationen unter:

<http://www.eesi.org/employment/Admin%20Asst%2010.04%20posting.htm>

Erneuerung von greenjobs.de: die Jobbörse für Umweltfachkräfte

Greenjobs.de hat in den letzten Monaten eine Rundumerneuerung erhalten und ist seit kurzem in neuem Gewand und mit etlichen neuen Funktionen online. Weitere Details unter: <http://www.greenjobs.de/>

Assistenzstelle in Brugge/College of Europe

Mehr Informationen zum *College of Europe* und zu diese Stelle im *Department of European Economic Studies* unter: <http://www.coleurop.be> oder E-Mail an: jmoerman@coleurop.be

10. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Diplomarbeit zum Diskurs über die ÖSR

Malte Schophaus hat seine lesenswerte Diplomarbeit „Subjektive Vorstellungen zur Ökologischen Steuerreform bei meinungsbildenden Personen im öffentlichen Diskurs“ im Netz veröffentlicht.

http://ipu.umweltpsychologie.de/web/download/malte_schophaus.pdf

Neues Buch von Danyel Reiche:

Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland: Möglichkeiten und Grenzen einer Vorreiterpolitik, Frankfurt am Main, 240 Seiten. Mit einem Vorwort von Jürgen Trittin. Weitere Infos und Bestellmöglichkeit unter:

<http://www.peterlang.net/all/remote.cfm?vDom=1&vRub=1080&vid=52857>&vRub=1080&vid=52857>

Neuer Newsletter vom Verkehrsclub Deutschland

Der Verkehrsclub Deutschland gibt seit kurzem einen neuen Newsletter zum Thema "Flugverkehr & Umwelt" heraus. Mit diesem Newsletter möchte der VCD von nun an regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit den Umweltfolgen des Flugverkehrs sowie über Möglichkeiten Ihrer Reduzierung informieren.

Der Newsletter kann auf der Internet-Seite des VCD (<http://www.vcd.org/flugverkehr.html>) abonniert werden.

Newsletter von der Steuerinitiative im OEGB

Mit diesem Newsletter präsentiert die Steuerinitiative im OEGB aktuelle Kommentare zum Steuerergeschehen. Link:

www.steuerini.at/wochenkommentar.htm

Jahrbuch Ökologie 2005

Das Jahrbuch Ökologie zielt darauf ab, über die ökologische Situation und Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt zu informieren, zur kritischen Auseinandersetzung mit der staatlichen und internationalen Umweltpolitik beizutragen und zukunftsfähige Alternativen im Umgang mit der Natur aufzuzeigen. Inhaltsverzeichnis und einige Texte siehe:

<http://www.jahrbuch-oekologie.de/inhalt2005.htm>

Wie Deutschland ein Modell für nachhaltiges Wachstum und weltweiten Wohlstand werden kann

Mit der Zukunftsanleihe präsentiert Herr Prof. Dr. Gege ein umsetzungsorientiertes Konzept für tiefgreifende wirtschaftliche Reformen, wobei vor allem eine Wende in der Energie- und Klimapolitik zentrales Thema ist. Auf der Homepage www.zukunftsanleihe.de finden Sie weitere Informationen zum Buch, sowie ein Interview mit Herrn Prof. Gege, das in der F.A.Z. veröffentlicht wurde.

Bericht zur Kfz-Steuer

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Oberfinanzdirektionen einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern.

Link: http://www.bundesfinanzministerium.de/_336.27136/doc.htm

"Erfundene Umwelt": das neueste Buch aus der TuWas-Denkfabrik

Die methodischen Defizite und die fehlende gesellschaftliche Relevanz der heutigen Umweltbildung erfordern ein Umdenken. "Erfundene Umwelt" schafft die Grundlagen für eine konstruktivistisch fundierte Umweltbildung, der gerade nach PISA Pionierfunktion für die Reformierung des Bildungswesens zukommt.

Online bestellen unter www.tuwas.net

Übersicht über Energiesubventionen

Earth Track hat auf seiner Website eine neue Linkliste über Informationen zu Energiesubventionen angelegt, die sehr ausführlich und detailliert ist.

http://earthtrack.net/earthtrack/index.asp?page_id=177

Ökosteuerpolitik in den ganzen Welt

Diese Website hat eine Datenbank zur ökologischen Finanzreform und Politik in den ganzen Welt. Man kann Informationen nach Politikrichtungen, Region oder Umweltthemen suchen.

Link: <http://www.fiscallygreen.ca/>

Energiesteuern in den skandinavischen Ländern – Zahlt der Umweltverschmutzer?

Die nationalen Statistikbehörden in Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark haben einen Bericht zum Thema Energiesteuern in 2003 veröffentlicht. Der Bericht ist erhältlich unter: http://www.scb.se/statistik/MI/MI1202/2004A01/MI1202_2004A01_BR_MIFT0404.pdf

Ecologic Online

Ecologic hat fünf Berichte zum Thema „Effekte der deutschen Ökologischen Steuerreform“ veröffentlicht. Sie können heruntergeladen werden bei:

<http://www.ecologic.de/modules.php?name=News&file=article&sid=1156>

Zudem hat *Ecologic* zwei Hintergrundpapiere zu den folgenden Themen: „Auswirkungen der ÖSR auf ausgewählte Unternehmen“ und „Auswirkungen der ÖSR auf private Haushalte“ produziert. Sie können heruntergeladen werden unter: <http://www.ecologic-events.de/oekosteuer/de/hintergrund.htm>

11. VERANSTALTUNGEN

FÖS-Seminar: 31.01-02.02.05, Vilm, Ökologische Finanzreform und Naturschutz

Das Seminar in der Internationalen Naturschutzakademie auf der Insel Vilm bei Rügen ist eine erfreuliche Kooperation von FÖS und dem Bundesamt für Naturschutz. Ziel ist es, den Aspekt marktwirtschaftlicher und fiskalischer Mittel für den Naturschutz stärker zu durchleuchten und zu diskutieren. Welche Lenkungseffekte haben Steuern auf den Naturverbrauch? Wie können positive Lenkungseffekte für Kommunen im Naturschutz entstehen und welche marktwirtschaftlichen Instrumente gibt es gegen möglichen Naturverbrauch?

Referenten sind u.a. Kai Schlegelmilch, Bettina Meyer vom FÖS sowie Vertreter vom BMU, BfN, NABU, FIFO, Nachhaltigkeitsrat, ufz und dem Netzwerk Naturschutz und Ökonomie.

Anmeldung bei Frau Martina Finger:
Martina.Finger@bfm-vilm.de

Programm unter
<http://www.foes.de/3aktuelles/veranstaltungen.html>

FÖS-Seminar: 15.04.05, Neumünster, Fünf Jahre Ökologische Steuerreform - Erfahrungen und zukünftige Perspektiven

In dem Tagesseminar mit der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, geht es um die Bewertung der seit 1999 begonnenen Ökologischen Steuerreform und die Diskussion ihrer Weiterentwicklung. Wozu brauchen wir die Ökologische Steuerreform? Wie können umweltschädliche Subventionen reduziert werden? Wie ergänzen sich Ökosteuer und Emissionshandel? Welche Vorschläge für eine Weiterentwicklung zur Ökologischen Finanzreform gibt es?

Referenten sind u.a. Prof. Dr. Tilman Requate von der CAU Kiel, Dr. Jochen Wilkens vom VCI Nord, Bettina Meyer und Matthias Seiche vom FÖS, sowie Damian Ludewig, der Sprecher der

NaturschutzJugend.

Anmeldung und weitere Informationen unter: Akademie für Natur und Umwelt, Carlstraße 169, 24537 Neumünster, Tel. 04321-90710 oder mailto: anmeldung@umweltakademie-sh.de

www.umweltakademie-sh.de

FÖS-Jahrestagung und MV: 15.- 17.04.05, Tutzing, Ökosteuer und Emissionshandel

Schon mal zum vormerken: Die nächste Mitgliederversammlung und FÖS-Jahrestagung findet 2005 in Bayern statt. Vom 15.-16. April dreht sich in der Politischen Akademie Tutzing unter Beteiligung von hochkarätigen Referenten alles um Ökosteuern und Emissionshandel. Dazu gehört eine erste Bilanz und Ausblick zum am 1. Januar 2005 gestarteten Emissionshandel aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien, sowie die Einbettung einer Ökologischen Steuerreform in die Reformdebatte in Deutschland. Am Sonntag, den 17. April findet dann in München die FÖS-Mitgliederversammlung statt.

Ausführlicher im nächsten Newsletter.

2.-4.12.04, Münster: "Nachhaltiges Management"

Die Studenteninitiative Wirtschaft und Umwelt e.V. veranstaltet "Nachhaltiges Management - Sind Unternehmen denn für alles da?!" Das Seminar unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Klaus Töpfer findet in Zusammenarbeit mit B.A.U.M. (Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management) und der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome statt. Studierende und Doktoranden werden eingeladen, mit Unternehmern, Politikern und Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen zu diskutieren. Referenten sind u.a. die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Margareta Wolf, der Geschäftsführer des Rates für nachhaltige Entwicklung Dr. Günther Bachmann, Dr. Ulrich Menzel von der Volkswagen AG, Cornelia Hey-

denreich von Germanwatch und Prof. Dr. Klaus M. Meyer-Abich von der Uni Essen.

Weitere Informationen unter: www.uni-muenster.de/WirtschaftUmwelt

26.-27. Januar 2005, Santiago: Dritte Regionaler Workshop zur Umweltsteuern

Dieser Workshop wird von den ECLAC, GTZ, IMF und OECD gemeinsam organisiert. Absicht des Workshops ist es, ein jährliches Forum für einen inhaltlichen Dialog zwischen Finanz- und Umweltbehörden in Lateinamerika und der Karibik zu erschaffen. Betont wird die verbesserte Koordination zwischen ökonomischen und umweltpolitischen Zielen auf allen Regierungsebenen.

26.-27.01.2005, ICC der Messe Berlin: "Clean Energy Power® 2005" (CEP)

CEP befasst sich mit Zukunftsthemen wie alternative Kraftstoffe, innovative Anwendungsmöglichkeiten der Solarenergie, internationale Klimaschutzprojekte und Finanzierung von Export und Technologietransfer.

Renommierte Institutionen wie das Bundesministerium für Umwelt (BMU), die deutsche Energieagentur (dena), das Institut für Solare Energieversorgungstechnik (ISET) und die Berliner Energieagentur sind als Mitveranstalter im Boot.

Weitere Informationen unter: <http://www.energiemessen.de/>

15.-17.02.05, Rio de Janeiro: Latin America Renewable Energy Fair 2005 im Rahmen des "RIO 5 - World Climate and Energy Event", Internationale Messe und Kongress für erneuerbare Energien

Weitere Informationen unter: <http://www.energie-server.de/Laref/> und <http://www.rio5.com>

E-Mail Adresse: international@energie-server.de

15.-17.03.2005, Essen: E-world Energy&water, Treffpunkt der energie- und Wasserwirtschaft

Auf der E-world – energy &water in Essen wird die internationale Energie- und Wasserwirtschaft kompakt an drei Tagen präsentiert. Während der drei Veranstaltungstage werden täglich mehr als 10 Kongresse und Workshops „rund um das Thema Energie & Wasser“ abgehalten.

Weitere Informationen unter: www.e-world-2005.com

16.-18.03.05, Messe Kielce (Krakau, Polen): "ENEX - New Energy 2005"

Der Kongress Passiv-Haus 2005 bietet eine Vielfalt an Themen aus dem Bereich regenerative Energien, rationelle Energieverwendung und energie-effizientes Bauen und Sanieren. Halb- und ganztägige Kongresse und Workshops bilden die aktuelle Marktsituation in diesen Bereichen ab und liefern aktuelle wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse. Die Kongressthemen sind: Biogas, Wasserkraft, Pflanzenöle, Windkraft, Passivhaus, Holzbau, Handel mit Emissionszertifikaten, Altbausanierung, u.v.m. Weitere Informationen unter: www.enex-expo.com

mailto: redaktion@energie-server.de

13.-15.04.05, Congress Center Plovdiv Fair Grounds (Bulgarien): EEC '05, 2. Internationale Ausstellung und Konferenz für Energie-Effizientes Bauen & Sanieren

Weitere Informationen unter: www.energie-server.de/bulgaria

mailto: redaktion@energie-server.de

23.04.05, Stadthalle Fürth: 2. Bundeskongress für Fotovoltaikbetreibergesellschaften

Weitere Informationen unter: <http://www.bundeskongress-pv.de/>

mailto: redaktion@energie-server.de

**14-17.06.2005, Lissabon (Portugal):
ESEE 2005 - the 6th International
Conference of the European Society for
Ecological Economics**

ESEE 2005 will provide a forum for scientific debate and discussion on theoretical and practical issues in the field of ecological economics, focusing on the links between science, society and policy. The general theme of ESEE 2005 will be

Science and Governance - The Ecological Economics Perspective. The forum is open to all those interested in sustainability issues, independently of their affiliation with the ecological economics scientific community. Additional information is available from the Conference website – <http://www.esee2005.org>

12. FÖS: IN EIGENER SACHE

FÖS-Memorandum 2004: Zweite aktualisierte Auflage jetzt erhältlich

Die um mehr als 20 Seiten und umfangreiche Grafiken erweiterte zweite Auflage des FÖS Memorandums UMSTEUERN 2004 ist jetzt als gedrucktes Heft beim FÖS zu bekommen. Insbesondere zur Ökologisierung der Kfz-Steuer, der europäischen Dimension, der Flugbenzinbesteuerung und der Akzeptanzsteigerung für die ÖSR sind neue Anregungen und Vorschläge aufgenommen worden. Farbige Grafiken ergänzen die gute Lesbarkeit und Präsentation.

Für die finanzielle Unterstützung danken wir ganz herzlich vielen Leserinnen und Lesern der ÖSN, insbesondere der Bau-Fritz GmbH, Dr. Gerhard Berz, Otmar Braune, Alfred Brunner, Martin Cames, Horst Rüdiger Colzman, Klaus Conrad, der dezem GmbH, Kristian Dorenberg, Franz Martin Dübel, Winfried Egger, Edgar Endrukaitis, Tobias Ernst, Prof. Dr. Gassel, Prof. Dr. Roland Geitmann, Greenpeace e.V., Thomas Gutsche, Fritz Halbach, Moritz Harder, Erika Hauß-Delker, Ulrich Haushofer, Steffen Heilgenenthal, Uwe Heindel, Rudolf Janke, Jochen Jesinghaus, Dr. Heinrich Jüttner, Lars Lehre, Jens Mittelsten-Scheid, dem Österreichischen Biomasseverband, Prof. Dr. Holger Rogall, Horst und Ute Seissinger, Heidrun Speer, der Schweisfurth-Stiftung und Hartmut Vogtmann. Ohne Sie wäre die erweiterte Neuauflage des Memorandums nicht möglich gewesen.

Und wir danken der Gregor Louisoder-Umweltstiftung, die die erste Auflage in großzügiger Weise finanziell gefördert hat.

Der Download und das Bestellformular findet sich unter www.foes.de. Auch eine englische Kurzfassung ist dort demnächst erhältlich.

Neue Gesichter im neuen FÖS-Büro

Wie Sie sicher schon bemerkt haben: Der FÖS ist umgezogen. Das neue Büro ist nun in der Landsberger Straße 191 in 80667 München. Die Telefonnummern und Fax bleiben unverändert. Um es Ihnen zu erleichtern, ist der FÖS jetzt auch über die Internetadresse www.foes.de und email foes@foes.de zu erreichen. Die alten Adressen sind nur noch eine Weile benutzbar und wir bitten Ihre Links und Adressbücher entsprechend zu aktualisieren.

Auch personell gibt es beim FÖS insbesondere durch den in Kürze erwarteten Nachwuchs bei Andrea und Christof Sauer einige Veränderungen: Jacqueline Cottrell hat uns bereits Anfang des Jahres unterstützt und bei der Organisation unserer Deutsch-Englischen Konferenz im Juni Großes geleistet. Sie übernimmt nun die Mutterschaftsvertretung von Andrea Sauer bis zum nächsten Frühjahr und unterstützt Christian Meyer in der Geschäftsführung. Berivan Pont aus Genf hat gerade Ihr 6-monatiges Praktikum beim FÖS begonnen. Sie hat Internationale Beziehungen studiert und möchte nun Praxisluft schnuppern.

Haben Sie eine neue Adresse oder Email?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen,

kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank e.G. BLZ

430 609 67 Konto 804 371 30 00

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes.de/9kontakt/index.html>

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes.de>)